

OA-UPDATE SANKTIONEN

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

in den nächsten Tagen wird in Brüssel über die Einzelheiten des geplanten 21. EU-Sanktionspaketes gegen Russland gerungen. Geplant ist dessen Verabschiedung bis spätestens 14. Juli. Ein Grund für den Zeitdruck ist die am 15. Juli turnusmäßig erfolgende Anpassung des Preisdeckels für russisches Rohöl. Aufgrund der durch den Iran-Krieg stark gestiegenen Rohölpreise der vergangenen Monate, droht eine starke Anhebung des Preisdeckels. Dies wollen die EU-Mitglieder noch verhindern. Ob auch eine Einigung auf ein umfassendes Paket gelingt, bleibt abzuwarten. Die aktuell geplanten Inhalte und noch laufende Diskussionen zum Paket beschreiben wir in diesem Sanktionsupdate.

Bereits am 15. Juni hatte die EU ein „kleines“ Sanktionspaket mit weiteren Listungen von Personen, Unternehmen und Organisationen auch aus Drittländern vorgelegt. Mit diesem Mini-Sanktionspaket wurde auch eine wichtige Ausnahmeregelung eingeführt. Sie ermöglicht den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten in bestimmten Fällen die Freigabe eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen. Anlass für die Neuregelung ist die Sanktionierung eines chinesischen Chip-Händlers im 20. Sanktionspaket. Diese hatte in der Automobilindustrie große Sorgen vor kurzfristigen Lieferengpässen ausgelöst. Nun erhalten betroffene Unternehmen deutlich mehr Zeit, ihre Produktion umzustellen.

Wie immer blicken wir im Update auch auf wichtige Entwicklungen in Russland, den USA und Großbritannien. Wir freuen uns über Ihre Hinweise und Anregungen und wünschen Ihnen eine erholsame Sommerzeit!

Ihre Redaktion

OA-Update 2026/06
Stand: 09. Juli 2026

Inhalt

- [1. Ost-Ausschuss](#)
- [2. Deutschland](#)
- [3. Europäische Union](#)
- [4. Russland](#)
- [5. USA](#)
- [6. Weitere Länder](#)
- [7. Blick über den Tellerrand](#)
- [8. Termine](#)
- [9. Tipps & Links](#)

1. Ost-Ausschuss

Ukraine Recovery Conference in Danzig

Die Ukraine Recovery Conference (URC) 2026, die am 25. und 26. Juni 2026 in Danzig stattfand, brachte Regierungen, Organisationen, Investoren, Unternehmen und Innovatoren aus mehr als 20 Ländern zusammen. Neben dem offiziellen Programm leisteten hochrangige Side Events, in denen sich auch der Ost-Ausschuss engagierte, einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Investitionsdialogs. In diesem Jahr reisten mehr als 5.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nach Danzig. Acht deutsche Unternehmen erhielten die Gelegenheit, sich im offiziellen Konferenzprogramm mit Ständen vorzustellen.

Die Ukraine Recovery Conference (URC) in Danzig bestätigte das langfristige Engagement der internationalen Gemeinschaft für den Wiederaufbau der Ukraine durch umfangreiche Finanzzusagen, Investitionsinstrumente und Reforminitiativen. Zudem wurden neue Finanzierungen für Wohnungsbau, Straßeninfrastruktur, Energieprojekte und die Verteidigungsindustrie vereinbart. Im Mittelpunkt der URC standen die Mobilisierung privater Investitionen sowie die engere Verknüpfung von Wiederaufbau, Sicherheit und EU-Integration. Erstmals wurde zudem die Dimension Sicherheit und Verteidigung ausdrücklich in die Konferenzagenda aufgenommen.

Als wichtigstes Ergebnis wurden nach Angaben der Veranstalter rund 160 Vereinbarungen mit einem Gesamtvolumen von mehr als zehn Milliarden Euro abgeschlossen. Dazu gehören die erste Auszahlung von 3,2 Milliarden Euro aus einem neuen EU-Finanzinstrument für die Ukraine, ein 3,4-Milliarden-Dollar-Abkommen mit der Weltbank zur Unterstützung des Staatshaushalts sowie die Einrichtung des „European Flagship Fund for the Reconstruction of Ukraine“. Unter anderem wurden 1,1 Milliarden Euro für Investitionsabkommen, 478 Millionen Euro für den Wiederaufbau kommunaler Infrastruktur sowie 500 Millionen Euro an neuen Krediten für ukrainische kleine und mittlere Unternehmen angekündigt.

Zu den vereinbarten Maßnahmen gehört auch die Stärkung der Korruptionsbekämpfung durch die EU, Deutschland und internationale Partner, die stärkere Integration ukrainischer Unternehmen in den EU-Binnenmarkt, Programme zur Modernisierung staatlicher Unternehmen, zusätzliche Finanzierungen von über 500 Millionen Euro durch die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung EBRD sowie Initiativen zum Schutz des kulturellen Erbes und zur Unterstützung von zerstörtem Wohnraum.

Ausführlicher Bericht zum Ost-Ausschuss-Engagement auf der URC:

[Die wichtigsten Ergebnisse der Ukraine Recovery Conference | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Neues Update Recovery Ukraine des Ost-Ausschuss Service Desk Ukraine:

[34. OA-Update Recovery Ukraine \(07.07.2026\).pdf](#)

2. Deutschland

Ausnahmeregelungen für Yangzhou Yangjie Electronic Technology und ähnliche Fälle

Das Mini-Sanktionspaket, das die EU am 15. Juni vorlegte, enthält eine wichtige Ausnahmeregelung, die es EU-Unternehmen im konkreten Fall ermöglicht, ihre Geschäftsbeziehungen mit der Yangzhou Yangjie Electronic Technology Co., Ltd („Yangjie“) abzuwickeln oder schrittweise einzustellen. Der chinesische Chip-Händler, der insbesondere auch die deutsche Automobil- und Verteidigungsindustrie beliefert, war am 23. April 2026 im Rahmen 20. Sanktionspakets gelistet worden. Die EU hatte Yangzhou Yangjie in ihr Sanktionspaket gegen Russland aufgenommen, da das Unternehmen mutmaßlich Halbleiter und elektronische Bauteile geliefert hatte, die in russischen Waffen und Drohnentechnologien auf dem Schlachtfeld in der Ukraine nachgewiesen wurden.

Insbesondere in der Automobilindustrie hatte die Listung des chinesischen Unternehmens aber unmittelbar zu Lieferengpässen bei wichtigen Chips geführt, worauf deutsche und europäische Verbände in Gesprächen mit der Bundesregierung und der EU-Kommission hingewiesen hatten. Die Ausnahmeregelung für Yangzhou Yangjie Electronic Technology ist bis März 2027 befristet und soll der betroffenen europäischen Industrie eine geordnete Umstellung industrieller Lieferketten ermöglichen.

Rechtliche Grundlage ist eine neue generelle Ausnahmeregelung, die die EU nun in Artikel 6b Absatz 5I eingeführt hat. Darauf weist das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie in einem neuen Hinweispapier hin. Die am 15. Juni 2026 in Kraft getretene Ausnahmeregelung ermöglicht den zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten in bestimmten Fällen die Freigabe eingefrorener Gelder oder wirtschaftlicher Ressourcen beziehungsweise deren Bereitstellung an ein gelistetes Unternehmen. Dies gilt zum einen für die geordnete Abwicklung von Rechts- und Geschäftsbeziehungen, die bereits vor dem 23. April 2026 bestanden und spätestens bis zum 31. Dezember 2026 vollständig beendet werden müssen. Zum anderen können Unternehmen befristet bis zum 16. März 2027 weiterhin sogenannte kritische Komponenten von dem gelisteten Unternehmen erwerben, sofern diese für die Produktion unverzichtbar sind und nicht kurzfristig durch Produkte anderer Hersteller ersetzt werden können.

In Deutschland ist für finanzielle Vorgänge die Deutsche Bundesbank zuständig, während das BAFA über Anträge im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Ressourcen entscheidet. Betrifft ein Sachverhalt sowohl Zahlungen als auch wirtschaftliche Ressourcen, sind gegebenenfalls Genehmigungen beider Behörden erforderlich. Die Anträge müssen die Voraussetzungen der jeweiligen Ausnahmeregelung nachvollziehbar darlegen und bei Bedarf entsprechende Nachweise enthalten.

Das BMW-Informationspapier wurde bislang nicht online veröffentlicht, kann aber beim Ost-Ausschuss angefordert werden. Hier die gesetzliche Grundlage zu den Ausnahmeregelungen:

[Verordnung \(EU\) 2026/1336 des Rates vom 15. Juni 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die](#)

territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen

Anträge beim BAFA erfolgen elektronisch über ELAN oder per E-Mail, inklusive Nachweisen der bestehenden Geschäftsbeziehung. Anträge bei der Bundesbank werden per E-Mail eingereicht, mit Erläuterung der Voraussetzungen. Beide Behörden können nur im Rahmen ihrer Zuständigkeit handeln; eine automatische Weiterleitung erfolgt nicht.

Antragstellung beim BAFA:

[BAFA - ELAN-K2 Ausfuhr](#)

Durchsuchungen wegen Sabotageversuchen gegen die deutsche Gasversorgung

Die Bundesstaatsanwaltschaft teilte mit, dass sie am 24. Juni 2026 im Rahmen von Ermittlungen wegen eines mutmaßlichen Versuchs, die Gasversorgung des Landes zu stören, Durchsuchungen durchgeführt habe. Dies berichtet die Nachrichtenagentur AP. Der Fall stehe im Zusammenhang mit einem undurchsichtigen Manöver aus dem Jahr 2022, an dem die deutsche Tochtergesellschaft des russischen Energiekonzerns Gazprom beteiligt gewesen sei.

Nach Angaben der Bundesanwaltschaft durchsuchte die Polizei die Räumlichkeiten eines Verdächtigen und einer weiteren Person, gegen die nicht ermittelt wird, in Berlin sowie die Räumlichkeiten eines nicht näher bezeichneten Unternehmens in Frankfurt. Es seien keine Festnahmen erfolgt.

Gegen den Verdächtigen, einen russischen Staatsbürger, dessen Name nicht bekannt gegeben wurde, wird wegen des Verdachts der Beihilfe zum Verstoß gegen Investitionsvorschriften des deutschen Außenwirtschaftsgesetzes sowie der Beihilfe zum versuchten verfassungswidrigen Sabotageakt ermittelt, teilte die Staatsanwaltschaft in einer Erklärung mit.

Einige Wochen, nachdem Russland im Jahr 2022 seine großangelegte Invasion in der Ukraine begonnen hatte, gaben deutsche Behörden bekannt, dass die Muttergesellschaft ihren Rückzug aus der Tochtergesellschaft Gazprom Germania angekündigt habe. Sie erklärten, der Käufer habe die Liquidation angeordnet, was jedoch vor der Genehmigung des Kaufs nicht zulässig sei.

Berlin übertrug einer deutschen Regierungsbehörde die Leitung von Gazprom Germania und vereitelte damit den Liquidationsversuch. Die Regierung erklärte, die Tochtergesellschaft sei für den Erdgashandel, -transport und die -speicherung in Deutschland „von überragender Bedeutung“. Später verstaatlichte sie das Unternehmen, das nun unter dem Namen „Securing Energy for Europe“ firmiert.

Die Bundesanwaltschaft äußerte den Verdacht, dass der Verkauf an ein in Moskau ansässiges Unternehmen ohne Bezug zur Branche sowie der versuchte Liquidationsantrag darauf abzielten, die Gasversorgung in Deutschland – einem Unterstützer der Ukraine –

zu stören. Der Mann, gegen den ermittelt wird, steht im Verdacht, die Umsetzung des Beschlusses zur Liquidation von Gazprom Germania mit diesem Ziel unterstützt zu haben, hieß es.

Deutschland bemühte sich nach dem Einmarsch in die Ukraine, seine Abhängigkeit von russischem Gas zu verringern. Moskau stellte Monate später die verbleibenden Gaslieferungen nach Deutschland ein.

Einige Wochen später beschädigten Unterwasserexplosionen die Nord-Stream-Pipelines, die gebaut worden waren, um russisches Erdgas unter der Ostsee hindurch nach Deutschland zu transportieren.

[Germany carries out raids in probe of 2022 Gazprom unit maneuver | AP News](#)

Deutsche Sabotageermittlungen: Serbien verhaftet mutmaßliche russische Agenten

Die serbische Polizei hat an der serbisch-ungarischen Grenze zwei mutmaßliche russische Agenten festgenommen, die möglicherweise einen Sabotageakt in Deutschland geplant hatten. Dies berichtet die „Bild-Zeitung“. Bei der Festnahme Anfang Juni fand die Polizei demnach auch einen Sprengsatz im Gepäck der beiden. Laut „Bild“ könnte ihr Ziel eine Einrichtung der Rüstungsindustrie gewesen sein, die mit der Unterstützung der Ukraine in Verbindung steht. Die Festnahme, so schreibt „Bild“, wurde „durch Informationen von befreundeten Geheimdiensten und den deutschen Sicherheitsbehörden“ ermöglicht.

Mitte Juni gab Innenminister Alexander Dobrindt bekannt, dass die Behörden eine Explosion im Land verhindert hätten, indem sie die an der Planung des Anschlags Beteiligten unter Beobachtung stellten. Weitere Details nannte er nicht. Die „Welt“ berichtete, dass der geplante Anschlag in Bayern stattfinden sollte. Quellen aus den Sicherheitsbehörden teilten der Zeitung mit, dass russische Geheimdienste an der Vorbereitung der Explosion beteiligt waren.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) hatte die entsprechenden Dienststellen über die Festnahme in Serbien informiert. Demnach soll es sich bei den beiden Festgenommenen um sogenannte Wegwerfagenten handeln. Gemeint ist damit, dass es sich nicht um ausgebildete Geheimdienstler handelt, sondern um bezahlte Handlanger, die nur für eine einzige Mission angeworben werden. Das Risiko, dass sie auffliegen, wird dabei in Kauf genommen.

[Anschlagsziel Deutschland: Wegwerf-Agenten aus Russland festgesetzt](#)

3. Europäische Union

Kleines Sanktionspaket beschlossen – großes Sanktionspaket angekündigt

Am 15. Juni 2026 hat der Rat der Europäischen Union neue Sanktionen gegen Russland beschlossen. Die Maßnahmen richten sich insbesondere gegen das russische militärisch-industrielle System, die Umgehung von Energiesanktionen über die sogenannte „Schattenflotte“, russische Propagandaaktivitäten sowie schwere Menschenrechtsverletzungen. Insgesamt wurden 34 Personen und 47 Organisationen beziehungsweise Unternehmen neu auf die Sanktionslisten gesetzt.

Hier die Maßnahmen im Überblick:

- Listung von 7 Personen und 21 Organisationen, die den russischen Militär- und Industriekomplex sowie dessen Unterstützer in Drittländern fördern. Die Listung zielt auf Hersteller und Lieferanten von Drohnen und anderer militärischer Ausrüstung ab, die ihren Sitz in Russland und außerhalb (China) haben.
- Aufnahme von 2 Personen und 24 Organisationen in die Liste, die mit dem Transport und Export von Rohöl oder Erdölprodukten aus Russland in Verbindung stehen. Diese Liste umfasst Lukoil-Western Siberia und zahlreiche Unternehmen mit Sitz in Russland, Liberia, der Türkei, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Aserbaidschan und Hongkong.
- Aufnahme von 10 Personen und einer Organisation in die Liste, die an hybriden Aktivitäten beteiligt sind, darunter Propaganda und die Verbreitung von Falschinformationen.
- Aufnahme von 1 Organisation und 15 Personen in die Liste wegen ihrer Beteiligung an der Verfolgung, Vergiftung und dem Tod von Alexei Nawalny.
- Verlängerung der restriktiven Maßnahmen, die als Reaktion auf die rechtswidrige Annexion der Krim und der Stadt Sewastopol verhängt wurden; diese werden bis zum 23. Juni 2027 verlängert.

Bewertung:

Ein Schwerpunkt der Maßnahmen ist die weitere Schwächung der russischen Rüstungs- und Technologieindustrie. Die EU sanktioniert mehrere Hersteller und Zulieferer von Drohnen, militärischer Ausrüstung und anderer kriegsrelevanter Technologie, darunter auch Akteure aus Drittstaaten, die Russland bei der Beschaffung solcher Güter unterstützen. Betroffen sind unter anderem russische Unternehmen aus dem Umfeld von

Roskosmos sowie Firmen aus China, die nach Einschätzung der EU zur Versorgung des russischen Militärs beitragen.

Darüber hinaus zielen die Sanktionen auf Russlands Energieeinnahmen. Die EU belegte zwei Einzelpersonen und 24 Unternehmen mit restriktiven Maßnahmen, weil sie am Transport und Export russischen Erdöls oder von Erdölprodukten beteiligt sein sollen. Im Fokus stehen Netzwerke rund um die russische Schattenflotte, die zur Umgehung bestehender Sanktionen eingesetzt wird. Die betroffenen Unternehmen haben ihren Sitz nicht nur in Russland, sondern auch in Ländern wie den Vereinigten Arabischen Emiraten, der Türkei, Aserbaidschan, Hongkong und Liberia.

Ein weiterer Teil des Pakets richtet sich gegen Personen und Organisationen, die russische Staatspropaganda verbreiten oder hybride Aktivitäten gegen die EU unterstützen. Die neuen Listungen sollen die Verbreitung von Narrativen unterbinden, die den russischen Angriffskrieg rechtfertigen, sowie Maßnahmen gegen Einfluss- und Destabilisierungsoperationen verstärken.

Schließlich weitete die EU ihre Sanktionen gegen Verantwortliche für Menschenrechtsverletzungen in Russland aus. Betroffen sind unter anderem Personen, die mit der politischen Repression in Russland sowie mit Fällen wie der Verfolgung von Oppositionellen in Verbindung gebracht werden. Die EU begründet dies mit systematischen Verstößen gegen Menschenrechte und internationale Verpflichtungen.

Auch wenn das Paket im Vergleich zu früheren Paketen von geringem Umfang ist und im Falle des gelisteten chinesischen Chip-Händlers Yangzhou Yangjie Electronic Technology eine neue Ausnahmeregelung eingeführt wurde (siehe oben), zeigen die neuen Einträge nach Expertenmeinung die wachsende Bereitschaft der Europäischen Union, Umgehungsversuche durch Sanktionslisten zu bekämpfen, sowie ihre Entschlossenheit, auch gegen Akteure aus Drittländern vorzugehen. Die Einträge, die sich gegen Unternehmen mit Sitz in Aserbaidschan, Belarus, China, Hongkong, Liberia, der Türkei und den Vereinigten Arabischen Emiraten richten, verdeutlichen, dass Transaktionen außerhalb jeglicher Verbindung zur EU nicht unbedingt risikofrei sind.

Pressemitteilung:

[Russia's war of aggression against Ukraine: new EU sanctions target energy revenues, the military-industrial complex, propaganda and human rights violations - Consilium](#)

EU-Amtsblatt:

[Official Journal L series daily view - EUR-Lex](#)

Berichte und Bewertungen:

[EU foreign ministers adopt new sanctions on Russia over war on Ukraine – The Sofia Globe](#)

[EU Adopts “Mini” Sanctions Package Against Russia | Insights | Mayer Brown](#)

Vorbereitungen zum 21. Sanktionspaket – Gipfel Mitte Juli

Die EU will mit ihrem 21. Sanktionspaket gegen Russland den Druck auf Moskau weiter erhöhen und zugleich auf hybride Bedrohungen in der EU reagieren. Die Europäische Kommission hatte am 9. Juni 2026 dazu ihre Vorschläge vorgestellt, die die EU-Außenminister voraussichtlich bei einem Gipfeltreffen am 13. Juli verabschieden wollen.

Das Datum liegt kurz vor dem Stichtag des EU-Preisanpassungsmechanismus für den Ölpreisdeckel für russisches Öl. Wird nämlich das aktuelle Verfahren nicht angepasst, würde am 15. Juli die EU-Ölpreisobergrenze – die es EU-Unternehmen verbietet, Dienstleistungen für russische Öltanker zu erbringen, die Rohöl über einem bestimmten Schwellenwert verkaufen – von 44 Dollar pro Barrel auf über 60 Dollar steigen. Der Grund für den Sprung ist, dass die Obergrenze auf den hohen Marktpreisen der letzten sechs Monate basiert, die der amerikanische Iran-Krieg verursacht hatte. Ein Preisdeckel von 60 Dollar würde dann über dem aktuellen Preis für Rohöl der Marke Urals liegen, der derzeit bei rund 56 Dollar gehandelt wird. Die EU-Kommission schlägt deshalb vor, die Preisobergrenze für Öl im Rahmen des 21. Sanktionspakets für sechs Monate einzufrieren. Sollten sich die EU-Mitgliedstaaten bis zum 15. Juli nicht auf das 21. Sanktionspaket einigen, könnte dessen Verabschiedung auf den Herbst verschoben werden, während die Beibehaltung der Preisobergrenze für russisches Öl am Montag, dem 14. Juli, separat als eigenständige Sanktionsmaßnahme beschlossen würde.

Die Mitgliedstaaten verhandeln aktuell noch über die endgültige Ausgestaltung des neuen, 21. Sanktionspakets. Vorgesehen sind neben der Neuregelung des Ölpreisdeckels auch Sanktionen gegen Rüstungsfirmen, Drohnenhersteller, Banken, Propagandisten, Energieunternehmen und etwa 30 weitere Schiffe der russischen Schattenflotte. Umstritten ist unter anderem der Vorschlag, allen Personen die Einreise in die EU zu verbieten, die seit Beginn der großangelegten Invasion in den russischen Streitkräften gedient haben. Ebenfalls umstritten sind geplante Importbeschränkungen für russischen Fisch. Nach Recherchen des Polnischen Rundfunks soll auch Patriarch Kyrill, das Oberhaupt der russisch-orthodoxen Kirche, der eng mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin verbündet ist und mutmaßlich eine Vergangenheit im sowjetischen Geheimdienst hat, auf die Sanktionsliste gesetzt werden. Zuvor hatte Ungarn lange einen solchen Schritt blockiert. Jetzt kündigte allerdings der neu gewählte bulgarische Präsident Rumen Radev Widerstand gegen die Maßnahme an. Insgesamt umfasst der neue Sanktionsentwurf mehr als 40 Personen sowie mehr als 130 Firmen und Einrichtungen. Alle EU-Mitgliedstaaten müssen für eine Annahme dem Paket einstimmig zustimmen.

Hier die bislang bekannten Vorschläge in der Übersicht:

Finanzsektor

Die EU plant einen deutlichen Ausbau der Sanktionen gegen den russischen Finanzsektor. Vorgesehen sind Vermögenssperren und weitere Transaktionsverbote gegen rund 90 russische Banken sowie zusätzliche Maßnahmen gegen Banken, Krypto-Plattformen und andere Akteure in Drittstaaten, die bei der Umgehung von Sanktionen helfen sollen. Erstmals soll zudem die Möglichkeit geschaffen werden, Krypto-Dienstleister in Drittstaaten vollständig vom EU-Markt auszuschließen

Energie und „Schattenflotte“

Ein weiterer Schwerpunkt liegt auf den russischen Energieeinnahmen. Geplant sind die Listung von etwa 30 weiteren Schiffen der russischen Schattenflotte, Sanktionen gegen Unternehmen und Schiffe, die diese Flotte unterstützen (z. B. Bunker- und Versorgungsdienste), Maßnahmen gegen Häfen, Flughäfen und Raffinerien, die am Handel mit russischem Öl beteiligt sind, Beschränkungen für den Verkauf von LNG-Tankern an Russland.

Export- und Handelsbeschränkungen

Vorgesehen sind neue Ausfuhrverbote für Güter und Technologien mit militärischer Relevanz, insbesondere Metalle und Legierungen für die Luft- und Raumfahrt- sowie Verteidigungsindustrie, Drohnentechnologien, darunter Bodenkontrollsysteme, Störtechnik und Startvorrichtungen, zusätzliche Maßnahmen gegen Unternehmen in Drittstaaten, die Russland mit sanktionierten Gütern beliefern.

Neue Einfuhrverbote

Die Kommission schlägt außerdem neue Importverbote im Umfang von rund 60 Millionen Euro vor. Betroffen wären unter anderem bestimmte Metalle, Metallerze und Fahrzeugteile. Erstmals soll auch der russische Fischereisektor stärker sanktioniert werden, einschließlich Beschränkungen oder Verbote für bestimmte Fischimporte wie Kabeljau und Alaska-Seelachs.

Umstrittene Themen:

Politisch umstritten ist der Vorschlag, ehemaligen Angehörigen der russischen Streitkräfte die Einreise in die EU zu untersagen. Nach Medienberichten haben insbesondere Frankreich und Italien hierzu noch Vorbehalte angemeldet. Beide Länder lehnen ein Verbot für frühere russische Kämpfer nicht grundsätzlich ab, befürchten jedoch, dass die Regelung faktisch zu einem weitergehenden Einreiseverbot für russische Staatsbürger führen könnte. Zudem halten sie Visa-Regelungen für den geeigneteren Rechtsrahmen als Sanktionen. Die „European Pravda“ hat erfahren, dass Frankreich und Italien dafür plädierten, den Touristenstrom aus Russland aufrechtzuerhalten, der aufgrund des Krieges ohnehin schon zurückgegangen ist. Der Verweis auf russische Kämpfer werde laut einer Quelle in Brüssel voraussichtlich im Paket bleiben, allerdings in einer flexibleren Form – als Empfehlungen statt als verbindliche Regel. „Ich denke, der Absatz über russische Kämpfer wird im Sanktionspaket bleiben; er wird nicht komplett gestrichen. Aber er wird eher symbolischen Charakter haben, anstatt einen direkt durchsetzbaren Mechanismus zu schaffen“, sagte dazu laut Ukrainska Pravda ein nicht namentlich zitierter Diplomat. Polnische Experten sehen hingegen in der Maßnahme einen sicherheitspolitisch wichtigen Schritt. Sie verweisen auf eine wachsende Zahl von Sabotageakten in Europa, bei denen Russland nach ihrer Einschätzung auf Rekrutierung, kleine Geldzahlungen und kriminelle Netzwerke setzt.

Umstritten sind zudem zwei Personalien in den rund 40 geplanten neuen Personensanktionen: Bulgariens Premierminister Rumen Radev erklärte, er werde das von der EU vorgeschlagene 21. Sanktionspaket gegen Russland ohne zu zögern ablehnen,

sollte es den Moskauer Patriarchen Kirill und den Lukoil-Gründer Vagit Alekperov umfassen, wie Euractiv berichtet. Radev warnte, die Maßnahmen gegen Alekperov würden die in russischem Besitz befindliche Raffinerie im bulgarischen Burgas, die größte auf dem Balkan, gefährden. Italien hat ähnliche Bedenken hinsichtlich der Aufnahme von Kirill in die Sanktionsliste geäußert.

Diskutiert wird außerdem über die weitere Ausgestaltung der Ölpreisobergrenze, die LNG-bezogenen Maßnahmen und geplante Fischerei-Sanktionen. Aus deutscher Sicht sind die geplanten Banken-Sanktionen, die Verschärfungen bei Dual-Use- und Drohnentechnologien sowie die Maßnahmen gegen Umgehungsgeschäfte über Drittstaaten von besonderer Bedeutung. Auch die geplanten Beschränkungen bei Fisch-Importen könnten die deutsche Wirtschaft besonders treffen.

Fischstäbchen auf der roten Liste

Laut Informationen der Deutschen Presse-Agentur dpa plant die EU deutliche Beschränkungen für den Import von Alaska-Seelachs. Demnach soll die Einfuhr der Fischart zunächst auf das Durchschnittsniveau der Jahre 2023 bis 2025 begrenzt und anschließend innerhalb von zwei Jahren schrittweise auf die Hälfte reduziert werden. Ziel der Maßnahme ist es, Russland wichtige Exporterlöse zu entziehen und damit die Finanzierung des Krieges gegen die Ukraine zu erschweren. Ein vollständiges Importverbot wurde zwar diskutiert, aufgrund möglicher negativer Folgen für europäische Unternehmen und Verbraucher jedoch vorerst verworfen.

Die geplanten Einschränkungen könnten allerdings laut einem Bericht von Spiegel-Online auch die deutsche Fischindustrie treffen. Deutschland ist innerhalb der EU der wichtigste Abnehmer von russischem Alaska-Seelachs und beherbergt zugleich die weltweit größten Fischstäbchenfabriken. Allein im vergangenen Jahr wurden rund 93.500 Tonnen gefrorener Alaska-Seelachs-Filets im Wert von etwa 228 Millionen Euro aus Russland importiert. Der Anteil Russlands an den deutschen Importen dieser Fischart ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen und lag zuletzt bei rund 45 Prozent.

Experten des Thünen-Instituts warnen daher laut Spiegel-Online vor möglichen Produktionsengpässen, steigenden Preisen und negativen Auswirkungen auf Arbeitsplätze in der Branche. Zwar wird über Ersatz durch andere Fischarten wie Pangasius aus Aquakultur nachgedacht, ein vollständiger Ausgleich der russischen Liefermengen gilt jedoch als unrealistisch. Da neben Russland nur die USA vergleichbare Mengen produzieren und deren Kapazitäten weitgehend langfristig gebunden sind, könnten alternative Bezugsquellen den Ausfall nicht vollständig kompensieren.

Das Thünen-Institut befürchtet laut Spiegel zudem, dass russischer Fisch künftig verstärkt in andere Weltregionen exportiert wird, während die europäische Fischverarbeitung langfristig an Wettbewerbsfähigkeit verliert. Die Bundesregierung unterstützt grundsätzlich Maßnahmen, die Russlands wirtschaftliche Basis schwächen, prüft jedoch noch die konkreten Folgen der Vorschläge.

Das neue EU-Sanktionspaket könnte noch im Juli beschlossen werden und soll neben den Einschränkungen für Alaska-Seelachs auch weitere Maßnahmen wie ein Importverbot für russischen Kabeljau ab 2028 enthalten.

Ausgewertete Meldungen zu den Inhalten des 21. Sanktionspakets:

[STATEMENT 26 1314 EN.pdf](#)

[EU proposes 21st package of sanctions against Russia, targeting banks | Reuters](#)

[Newsletter: Temperatures rise over sanctions against Russia - Yahoo News UK](#)

[Russland-Sanktionen der EU: Deutschland droht offenbar eine Fischstäbchen-Krise - DER SPIEGEL](#)

[Vorschlag der EU-Kommission für ein 21. Sanktionspaket gegen Russland - Vertretung in Deutschland](#)

[Italy, France Resist EU Plan to Ban Ex-Russian Soldiers in Sanctions Package - Bloomberg](#)

[EU may drop entry ban on Russian combatants from 21st sanctions package | Ukrainska Pravda](#)

Chemiewaffen: EU sanktioniert sechs russische Personen mit Bezug zu Nawalny

Der Europäische Rat hat am 3. Juli beschlossen, restriktive Maßnahmen gegen sechs russische Personen zu verhängen, die an der Entwicklung von Chemiewaffen, insbesondere von Epibatidin, beteiligt waren. Dieses Gift wurde in Proben aus dem Körper des russischen Oppositionsführers Alexej Nawalny nach seinem Tod in einer russischen Strafkolonie nachgewiesen, was zu der Schlussfolgerung führte, dass eine Vergiftung mit Epibatidin mit hoher Wahrscheinlichkeit die Todesursache war.

Bei den heute gelisteten Personen handelt es sich um Wissenschaftler und Forscher im militärischen Bereich. Einige von ihnen haben für das Wissenschaftszentrum „Signal“ (auch bekannt als SC Signal) gearbeitet, wo sie zur Synthese von Epibatidin geforscht und Artikel darüber veröffentlicht haben und somit an dessen Entwicklung als chemische Waffe beteiligt waren. Zu den Gelisteten gehört Igor Babkin, der Leiter des Labors von SC Signal.

Außerdem nimmt der Rat Irina Derevyagina in die Liste auf, eine Chemieforschungsanalystin am russischen Staatlichen Forschungsinstitut für Organische Chemie und Technologie (GosNIIOKhT), das ein zentraler Bestandteil des russischen Chemiewaffenprogramms ist, sowie Michail Gutsalyuk, den Leiter der Abteilung für die Organisation wissenschaftlicher Arbeit und die Ausbildung von wissenschaftlichem und pädagogischem Personal an der Militärakademie für radiologische, chemische und biologische Abwehr.

Die restriktiven Maßnahmen der EU gegen den Einsatz und die Verbreitung chemischer Waffen gelten nun für insgesamt 31 Personen und 6 Organisationen.

Die unter das Sanktionsregime fallenden Personen unterliegen einem Vermögenssperre, und die direkte oder indirekte Bereitstellung von Geldern oder wirtschaftlichen Ressourcen an sie oder zu ihren Gunsten ist verboten. Zudem gilt für die gelisteten natürlichen Personen ein Reiseverbot in die EU.

[Chemical weapons: EU sanctions six individuals involved in Navalny's poisoning and death - Consilium](#)

[EU sanctions Russian researchers involved in Navalny's death](#)

EU verlängert Russland-Sanktionen erstmals um zwölf Monate

Die EU verlängert Mitte Juni ihre Wirtschaftssanktionen gegen Russland erstmals nicht nur um sechs, sondern um zwölf Monate. Eine entsprechende Entscheidung trafen die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Juni-Gipfel in Brüssel, wie eine Sprecherin von Ratschef António Costa laut Tagesschau.de mitteilte. In den vergangenen Jahren hatte der damalige ungarische Regierungschef Viktor Orbán eine einjährige Verlängerung blockiert - der neue Ministerpräsident Péter Magyar gilt als deutlich russlandkritischer als sein Vorgänger. Zum ersten Mal seit Dezember 2024 stimmten alle 27 Mitgliedstaaten den Erklärungen zur Ukraine zu. Möglich wurde auch das durch die Abwahl Orbars.

[EU verlängert Russland-Sanktionen um zwölf Monate | tagesschau.de](#)

Griechische Reeder verdienen Milliarden mit russischem Öltransport

Griechische Schifffahrtsunternehmen haben laut einer Analyse der Financial Times seit Mitte 2023 mindestens 3,8 Milliarden Dollar mit dem Transport von russischem Öl verdient. Von den 20 Unternehmen, die seit Juni 2023 am meisten an russischen Schiffsladungen verdient haben, sind acht griechische. Die anderen sind allesamt staatlich unterstützte russische Reedereien wie Sovcomflot und Rosnefteflot oder mit ihnen verbundene Tochtergesellschaften bzw. Scheinfirmen – mit Ausnahme des in Hongkong ansässigen Schiffsmanagers Prominent.

Fast 15 Prozent der russischen Rohölexporte wurden im Mai von griechischen Unternehmen transportiert, wie eine Analyse der Daten der Schifffahrts- und Energieanalyseunternehmen Windward und Vortexa ergab. Spitzenreiter ist Dynacom Tankers des Reeders George Prokopiou mit geschätzten Einnahmen von rund 915 Mio. US-Dollar, gefolgt von Unternehmen wie Olympic Shipping (Onassis Group), Stealth Maritime und Polembros Shipping.

Der Handel ist grundsätzlich erlaubt, sofern das transportierte Öl unter der G7-Preisobergrenze verkauft wird. Kritiker bemängeln jedoch eine unzureichende Kontrolle der Regelung und fordern angesichts der anhaltenden Finanzierung Russlands durch

Energieexporte strengere Sanktionen. Die Rolle griechischer Reeder sorgt seit Jahren für Spannungen zwischen Griechenland und der Ukraine. Die betroffenen Unternehmen betonen hingegen, sämtliche Transporte hätten im Einklang mit den geltenden Sanktionsvorschriften gestanden.

Angst vor EU-Sanktionen: Georgiens einzige Raffinerie verzichtet auf russisches Rohöl

Georgiens einzige Ölraffinerie teilte jetzt laut „Moscow Times“ mit, dass sie plane, bis zum Ende dieses Sommers die Verarbeitung von russischem Rohöl einzustellen, um nicht von europäischen Sanktionen betroffen zu sein. Die EU hatte zuletzt offen damit gedroht. „Ab August/September dieses Jahres wird das Unternehmen ausschließlich Rohöl nicht-russischer Herkunft raffinieren“, erklärte Black Sea Petroleum, Eigentümer der Raffinerie. Die im Oktober 2025 eröffnete Raffinerie in Kulevi gab an, in der ersten Hälfte dieses Jahres 650.000 t Rohöl verarbeitet zu haben.

Im Februar drohte die Europäische Union damit, die Raffinerie in ihr 20. Sanktionspaket wegen des russischen Einmarsches in die Ukraine aufzunehmen. Brüssel erklärte jedoch später, man habe Zusicherungen erhalten, dass Schiffe der sanktionierten „Schattenflotte“ nicht in einen aserbaidzhanischen Hafen neben der Anlage in Kulevi einlaufen dürften.

David Potskhveria, CEO von Black Sea Petroleum, erklärte im März, die Raffinerie plane, russisches Rohöl durch Lieferungen aus Turkmenistan und Kasachstan zu ersetzen. Die Diversifizierung ihrer Rohölquellen werde es Black Sea Petroleum ermöglichen, raffiniertes Öl in neue Märkte, darunter auch die EU, zu exportieren, sagte Potskhveria damals.

In der jetzigen Erklärung erklärte Black Sea Petroleum, die Abkehr von russischem Rohöl werde für seine Produkte „Türen zu margenstarken Märkten öffnen“. Das Unternehmen gab zudem bekannt, dass es seine Partnerschaft mit dem US-amerikanischen Mischkonzern Honeywell im Bereich Hightech-Ausrüstung und automatisierte Steuerungssysteme ausbaue.

Im kommenden Jahr will Black Sea Petroleum laut eigenen Angaben mit der Produktion von Straßenbitumen beginnen, das als Bindemittel in Asphalt verwendet wird. Außerdem ist die Verarbeitung von Düsentreibstoff geplant.

[Georgia's Only Oil Refinery to Stop Using Russian Crude by September - The Moscow Times](#)

Estland will russischen und belarussischen Staatsbürgern Immobilienkauf verbieten

Die estnische Regierung will russischen und belarussischen Staatsangehörigen ohne langfristige Aufenthaltsgenehmigung den Erwerb von Immobilien in Estland untersagen –

im Rahmen eines Gesetzes zur Stärkung der nationalen Sicherheit. Dies berichtet die europäische Medienagentur Euractiv. Das vorgeschlagene Verbot würde auch für Unternehmen aus den beiden Ländern gelten. Die Minister argumentieren, dies würde das Risiko verringern, dass feindliche Staaten Immobilien für Spionage, Einflussnahme, Sabotagepläne oder als strategische Stützpunkte nutzen.

Konflikt um irische Aluminium-Raffinerie

Die irische Aluminiumraffinerie Aughinish Alumina ist laut einem Bericht von EUalive zu einem geopolitischen Problem geworden. Die Anlage in Westirland nahe Limerick, die dem russischen Konzern Rusal gehört, exportiert große Mengen Alumina nach Russland. Recherchen internationaler Medien konnten nachverfolgen, dass ein erheblicher Teil dieses Materials in russischen Aluminiumhütten weiterverarbeitet wird, die wiederum Zulieferer der Rüstungsindustrie sind. Es gilt daher als wahrscheinlich, dass auch irisches Aluminium indirekt in Waffen wie Raketen, Panzern oder Kampfflugzeugen verwendet wird.

Seit Beginn des Ukrainekriegs sind die Exporte aus Irland nach Russland stark gestiegen, sodass Russland inzwischen einen Großteil der Produktion abnimmt. Gleichzeitig hat die Anlage eine große Bedeutung für die regionale Wirtschaft, sichert 400 Arbeitsplätze im direkten Betrieb und viele weitere in Zulieferbetrieben und sie ist ein wichtiger Lieferant für die europäische Industrie. Eine Schließung oder Sanktionierung könnte daher erhebliche wirtschaftliche Schäden verursachen.

Politisch sorgt der Fall für zunehmenden Druck. Während die EU bisher keine Sanktionen gegen Alumina verhängt hat, fordern mehrere Politiker und die Ukraine strengere Maßnahmen. Die irische Regierung verteidigt jedoch weiterhin den Betrieb und verweist auf die negativen Folgen möglicher Einschränkungen. Das Unternehmen selbst betont, sich vollständig an geltendes Recht zu halten.

Die EU-Kommission vermeidet bisher eine harte Position und verweist auf die Komplexität globaler Lieferketten sowie auf mögliche unbeabsichtigte Effekte wie steigende Preise oder Versorgungsengpässe in Europa. Gleichzeitig wächst innerhalb der EU der Druck: Abgeordnete des Europaparlaments fordern Exportstopps, einzelne Regierungen äußern Besorgnis und die EU-Außenbeauftragte Kaja Kallas betont, dass Handelsströme mit Kriegsbezug grundsätzlich problematisch sind.

[Kaja Kallas's Dublin visit: Ireland faces heat over aluminium exports to Russia – EUalive](#)

EU-Sanktionen gegen Kirgisistan zeigen Wirkung

Zwei staatliche kirgisische Banken, die Eldik Bank und die ABank, haben ihre Geschäftsbeziehungen zu rund 131 Unternehmen beendet und prüfen derzeit gemeinsam

weitere 80 Unternehmen, dies berichtet The Diplomat. Diese Zahlen wurden nur wenige Wochen nach der Ankündigung des kirgisischen Justizministeriums bekannt, das die Schließung von 50 im Land registrierten Unternehmen angeordnet hatte.

All dies folgt auf das 20. Sanktionspaket der Europäischen Union, das Ende April verabschiedet wurde und mit dem das „Anti-Umgehungsinstrument“ der EU erstmals gegen ein einzelnes Land - Kirgisistan - eingesetzt wurde. Das Instrument wurde als „außergewöhnliche Maßnahme des letzten Auswegs“ konzipiert, die gegen Länder eingesetzt werden soll, von denen die EU annimmt, dass sie unzureichende Schritte unternommen haben, um die Umgehung von Sanktionen gegen Russland zu verhindern, und Kirgisistan wurde zum Ziel seines ersten Einsatzes. In der Praxis ermöglicht das Instrument der EU, „den Verkauf, die Lieferung, die Weitergabe oder den Export bestimmter sanktionierter Güter und Technologien in bestimmte Drittländer zu beschränken“.

Im Laufe des vergangenen Jahres wurden mehrere kirgisische Banken einzeln von der EU, den USA und Großbritannien mit Sanktionen belegt, darunter die staatlichen Banken Keremet Bank und Kapital Bank. Darüber hinaus wurden mehr als 30 in Kirgisistan registrierte Unternehmen in die Sanktionslisten aufgenommen.

[2 State-owned Banks in Kyrgyzstan Drop 131 Clients Due to Sanctions Risks – The Diplomat](#)

Franzosen stoppen russischen Tanker

Die französische Marine hat Ende Juni nahe Sizilien den aus Russland kommenden Öltanker „Deliver“ gestoppt und kontrolliert. Nach Angaben von Präsident Emmanuel Macron und Verteidigungsministerin Catherine Vautrin besteht der Verdacht, dass das Schiff zur russischen „Schattenflotte“ gehört und unter falscher Flagge fuhr, um Sanktionen gegen Russland zu umgehen. Macron veröffentlichte ein Video des Einsatzes und betonte, Europa werde nicht zulassen, dass die Schattenflotte die russische Kriegswirtschaft weiter finanziert. Frankreich verweist zudem auf die Risiken solcher Schiffe für die maritime Sicherheit und die Umwelt. Der Vorfall reiht sich in eine Serie europäischer Maßnahmen gegen den russischen Öltransport ein; zuletzt hatte auch Großbritannien einen russischen Tanker im Ärmelkanal gestoppt.

4. Russland

Kraftstoffkrise in Russland

Die gezielten ukrainischen Drohnenangriffe auf Raffinerien weit im russischen Hinterland, zeigen Wirkung. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete unter Verweis auf Brancheninsider, dass Russland in der Woche bis zum 19. Juni rund 90.000 t Benzin pro Tag produzierte. Damit liege die Produktion um 25 Prozent unter dem Wert von Juni 2025 und um 20–25 Prozent unter dem Wert von März 2026, bevor die jüngste Welle ukrainischer Drohnenangriffe auf russische Raffinerien begonnen hatte. Den täglichen Bedarf an Benzin während der Sommerzeit bezifferten die Reuters-Quellen auf mindestens 110.000 t pro Tag.

Ukrainische Drohnen greifen russische Raffinerien zwar schon länger an. Doch inzwischen erreichen mehr Flugkörper ihre Ziele als noch vor einigen Monaten, berichtet das Handelsblatt. Darauf deuten Satellitendaten der US-Raumfahrtbehörde NASA zu Bränden in russischen Raffinerien hin, sagte Sergej Wakulenko, bis Februar 2022 Strategie- und Innovationschef des russischen Ölkonzerns Gazprom Neft, heute Senior Fellow am Carnegie Russia Eurasia Center in Berlin. Die Ukraine fokussiere sich vor allem auf das wirtschaftliche Herz des Landes, sagt Wakulenko. Angegriffen worden seien alle Raffinerien, die Moskau über Pipelines versorgen – Jaroslawl, Rjasan und Kstowo.

Die russische Regierung will das Benzindefizit auch mit Importen lindern. Die Duma verabschiedete Ende Juni im Eilverfahren ein Gesetz, das finanzielle Anreize für den Import von Benzin schafft. Als möglicher Lieferant gilt vor allem Indien. Bislang bezieht Russland bereits Kraftstoffe aus dem Nachbarland Belarus.

Die Regierung erwäge zudem, vorübergehend Kraftstoff mit niedrigeren Qualitätsstandards zuzulassen – bis hinunter zur Euro-2-Norm. Das ist ein Standard, der moderne Autos schädigen kann und 2013 verboten wurde, schrieb die russische Zeitung „Kommersant“, die auch ermittelt hat, dass sich in Russland aktuell Online-Abfragen zur Möglichkeit der illegalen Spritentnahme aus geparkten Autos häuften.

Autofahrer und Unternehmen könnten nicht überall die benötigte Benzinsorte finden, räumte inzwischen auch Russlands Präsident Wladimir Putin bei einer Regierungssitzung zur Kraftstoffversorgung der russischen Regionen Ende Juni ein. Das Angebot solle ausgeweitet werden und man habe damit begonnen, die Benzinreserven einzusetzen. Rationierungen von Treibstoff werden aus dem ganzen Land gemeldet, besonders schwierig ist die Situation auf der annektierten Halbinsel Krim.

Treibstoffengpässe in Russland stören auch den Gütertransport mit China, verlangsamen Lieferungen und treiben die Frachtraten in die Höhe, da Speditionen Schwierigkeiten haben, sich mit Diesel zu versorgen, berichtete die russische Wirtschaftszeitung „Kommersant“. Die Störungen betreffen demnach sowohl inländische Spediteure als auch Unternehmen, die Güter ins Ausland transportieren; manche Fahrer müssen tagelang auf das Tanken warten, insbesondere auf den Routen nach China und in Südrussland.

Dem Bericht zufolge sind Transportunternehmen von gekürzten oder gestrichenen Rabatten auf Tankkarten betroffen, während selbstständige Lkw-Fahrer mit zusätzlichen Beschränkungen beim Kraftstoffkauf konfrontiert sind, die für Privatpersonen gelten.

Trotz der zunehmenden wirtschaftlichen Probleme bleibt Moskau aus Sicht des wiiv weiter in der Lage, den Angriffskrieg gegen die Ukraine fortzusetzen und zu finanzieren. Für das laufende Jahr rechnet das Wiener Institut mit einem Wachstum von 0,6 Prozent, im kommenden Jahr dann mit 1,3 Prozent. Für das Bruttoinlandsprodukt der Ukraine prognostizieren die Fachleute einen Anstieg von einem Prozent in diesem Jahr und 2,5 Prozent im nächsten Jahr.

[Putin räumt Treibstoffmangel ein – nach neuen Angriffen auf Russlands Raffinerien | Euronews](#)

[Ukraine-Krieg: So treffen ukrainische Angriffe Russlands Benzinversorgung](#)

[Putin räumt Spritmangel ein - gibt sich aber siegessicher](#)

[Treibstoffmangel: Putin räumt Versorgungsprobleme ein | tagesschau.de](#)

[Hohe Zinsen und Spritmangel - Ökonomen: Russlands Wirtschaft in der Krise - Wirtschaft - SZ.de](#)

Euroclear wehrt sich gegen russisches Gerichtsurteil

Der belgische Finanzkonzern Euroclear verklagt die russische Zentralbank, um ein Urteil eines Moskauer Gerichts zu blockieren, das Euroclear zur Zahlung von mehr als 250 Milliarden Dollar Schadenersatz für eingefrorene Vermögenswerte in Europa verpflichtet hatte, wie belgische Medien laut Moscow Times berichten.

Die Klage folgt auf eine Entscheidung eines Moskauer Schiedsgerichts vom Juni, das die Forderung der russischen Zentralbank in Höhe von 18,2 Billionen Rubel (231,26 Milliarden US-Dollar) gegen Euroclear bestätigte. Der belgische Finanzkonzern wies die Forderung als „unbegründet“ zurück. Euroclear verwahrt einen Großteil der 300 Milliarden Euro (342 Milliarden US-Dollar) an russischen Staatsvermögen, die nach dem Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 im Westen eingefroren wurden.

Das Moskauer Gericht gab dem Antrag der Zentralbank auf sofortige Vollstreckung des Urteils in Höhe von mehreren Milliarden Dollar statt, was Befürchtungen weckte, Russland könnte versuchen, die außerhalb Europas gehaltenen Vermögenswerte von Euroclear zu beschlagnahmen. Als Reaktion darauf hat Euroclear letzte Woche mit einer Gegenklage vor einem Brüsseler Handelsgericht reagiert, wie die belgische Zeitung L’Echo berichtete.

Euroclear argumentiert, dass das hinter verschlossenen Türen geführte Verfahren in Moskau „grundsätzlich unfair“ gewesen sei, und macht geltend, dass ausschließlich

belgische Gerichte die rechtliche Zuständigkeit hätten, über Angelegenheiten zu entscheiden, die die in Brüssel ansässige Institution betreffen. Die Clearingstelle hat der russischen Zentralbank zudem Vertragsbruch vorgeworfen, weil sie den Schadenersatz einklagt.

Die Zentralbank hatte im Dezember in Moskau Klage gegen Euroclear eingereicht, nachdem die EU beschlossen hatte, Einnahmen aus eingefrorenen russischen Vermögenswerten zur Finanzierung der Ukraine zu nutzen.

Russland verstärkt Kontrolle der Schattenflotte

Ein großes Datenleck gibt erstmals Aufschluss über die Besatzung der russischen Schattenflotte. Die Daten zeigen auch, wie Russland auf das härtere Vorgehen des Westens gegen die Tanker reagiert. Dies berichtet tagesschau.de.

Das Datenleck gibt demnach Aufschluss über rund 85.000 Crewmitglieder, die zwischen 2023 und 2026 russische Ölhäfen in der Ostsee angelaufen haben. Der Datensatz, der von der Nichtregierungsorganisation Dossier Center mit internationalen Medien geteilt wurde, enthält auch Informationen über Fahrten von mehr als 700 Schattenflotten-Tankern, die seit dem Beginn des russischen Kriegs gegen die Ukraine die Ostsee passiert haben. Russland nutzt die Tankschiffe dafür, westliche Sanktionen gegen den Verkauf russischen Öls zu unterlaufen. Jeden Monat spülen die Schattenflotten-Tanker Schätzungen zufolge sieben bis zehn Milliarden Dollar in die Kassen des russischen Staates.

Nachdem der Westen die Tanker lange Zeit gewähren ließ, setzte ab dem Jahr 2024 ein Umschwung im europäischen Vorgehen ein. Nach und nach wuchs europaweit das gemeinsame Verständnis, dass Schiffe der Schattenflotte zumindest dann von europäischen Sicherheitskräften aufgehalten werden können, wenn diese über keine oder über eine gefälschte Flagge verfügen. Beides ist nach der internationalen Seerechtskonvention illegal, berichtet Tagesschau.de.

Die Daten zeigten nun, dass Russland auf die härtere Gangart reagiert hat. Während in den Jahren 2023 und 2024 nur sehr vereinzelt Sicherheitsleute auf Fahrten der Schattentanker eingesetzt wurden, schnellte diese Zahl ab dem Frühsommer 2025 sprunghaft an. Ein Rechercheteam von NDR und Süddeutsche Zeitung konnte auf den Crewlisten insgesamt 83 Personen identifizieren, die als Sicherheitsleute auf mehr als 140 Fahrten an Bord gewesen sein sollen. Den Recherchen zufolge handelt es sich bei den Männern vor allem um ehemalige Soldaten. Die Männer würden in der Regel vom russischen Sicherheitsdienstleister Moran, mit Sitz in Moskau, gestellt.

Die Recherchen zeigen weiter, dass die Söldner an Bord der Schiffe offenbar eine doppelte Funktion übernehmen. Zum einen sorgen sie im Westen für eine gewisse Verunsicherung. Da westliche Nachrichtendienste davon ausgehen, dass die Männer in der Regel mit Maschinenpistolen bewaffnet sind, müssen Polizei und Militär dieses Risiko beim Boarding der Schiffe mit einplanen. Die bewaffneten Söldner sind aber nicht nur eine latente Drohung gegen den Westen. Ihr Auftreten an Bord soll insbesondere die

Crews disziplinieren, so berichten es mehrere westliche Sicherheitsbehörden übereinstimmend.

Die aktuellen Crewlisten zeigen allerdings, dass die Präsenz der mutmaßlich bewaffneten Kräfte auf der Schattenflotte seit Anfang des Jahres 2023 rapide abgenommen hat. Der Grund: Die Schattenflotte wird zunehmend russischer, dies gilt insbesondere für die Kapitäns- und Offiziersränge. Waren Anfang des Jahres 2023 nur etwa ein Drittel der Kapitäne der Schiffe russischer Nationalität, so waren es Anfang 2026 bereits mehr als 75 Prozent. Einige Schattenflottenschiffe haben in den vergangenen Monaten ihre Flaggen gewechselt und fahren nun unter russischer Flagge, was die Kontrollen für Moskau weiter erleichtere.

Politiker wie der grüne Bundestagsabgeordnete Robin Wagener fordern, Schiffe der Schattenflotte, die durch deutsche Gewässer fahren, stärker durch die Marine und Bundespolizei zu kontrollieren. Die Schiffe stellen auch aus Umweltgründen ein größeres Risiko dar.

[Russlands Schattenflotte passt offenbar Strategie an | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

Dänische Werft wartet russische Schiffe vor neuen Sanktionen

Eine dänische Werft führt bei den arktischen Flüssigerdgas-Tankern, die entscheidende Einnahmen für Wladimir Putins Kriegseinsatz generieren, eine letzte Wartungsrunde durch, bevor die EU-Sanktionen nächstes Jahr in Kraft treten. Dadurch könnten die Schiffe möglicherweise noch Jahre lang weiterfahren, nachdem die EU solche Arbeiten verboten hat, berichtet Politico.

Weltweit verfügen nur eine Handvoll Werften über die Trockendocks und das technische Know-how, das für die Wartung dieser spezialisierten Eisbrecher-Tanker erforderlich ist. Bis zum letzten Jahr gab es zwei davon in der EU: den niederländischen Schiffbauer Damen und die dänische Fayard. Nachdem sich Damen aus dem Geschäft zurückgezogen hatte, wurde Fayard zur einzigen Werft in der EU, die diese Arbeiten durchführt. Das EU-Verbot für solche Wartungsarbeiten, das Anfang des Jahres beschlossen wurde, tritt erst im Januar in Kraft, was bedeutet, dass die Arbeiten vorerst noch legal sind. Aktivisten argumentieren jedoch, dass jede Überholung dazu beiträgt, eine der wertvollsten Export-Einnahmequellen des Kremls zu erhalten.

„Als einzige Werft in der EU, die weiterhin die spezialisierten LNG-Tanker der Eisklasse Arc7 wartet, trägt sie effektiv dazu bei, Russlands LNG-Exporte aus der Arktis aufrechtzuerhalten“, kritisiert Vladyslav Vlasiuk, Berater des ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj für Sanktionspolitik.

Da die Spezialschiffe in der Regel nur alle zwei bis drei Jahre einer Generalüberholung unterzogen werden, könnten die in diesem Sommer durchgeführten Wartungsarbeiten dafür sorgen, dass sie noch lange weiterfahren, nachdem es europäischen Unternehmen

nicht mehr gestattet ist, sie zu warten – was die praktischen Auswirkungen der Sanktionen bereits mindert, noch bevor sie überhaupt in Kraft treten.

„Das ist sozusagen der letzte große Auftritt“, sagte Malte Humpert, Schifffahrtsexperte und Investigativjournalist. „Wenn man weiß, dass man diese Schiffe ab Januar in Europa nicht mehr warten darf, versucht man, jetzt so viele Wartungsarbeiten wie möglich zu erledigen, damit man sich in den nächsten Jahren keine Sorgen mehr um sie machen muss.“

Die „Rudolf Samoylovich“ lief laut Navigationsdaten am 30. Juni in Fayard ein. Das Schiff ist eines der 15 Arc7-Tanker, die LNG aus Russlands riesigem Yamal-Projekt in der hohen Arktis transportieren. Umweltaktivisten der deutschen NGO Urgewald sagen, es sei das erste von bis zu sechs Schiffen, die diesen Sommer in der dänischen Werft gewartet werden sollen. Der Sommer ist das letzte große Wartungsfenster für die Flotte, da sich das arktische Meereis saisonbedingt zurückzieht, was es herkömmlichen LNG-Tankern ermöglicht, die Spezialschiffe auf Teilen der Route vorübergehend zu ersetzen. Die dänische Werft teilte POLITICO mit, dass sie sich an die aktuelle EU-Politik halte. „Wir warten bestimmte internationale Schiffe, die LNG nach Europa transportieren, um die Energieversorgung Europas zu unterstützen“, erklärte das Unternehmen.

Humpert argumentierte, die Arc7-Flotte sei für Russlands LNG-Handel unverzichtbar gewesen. „Die EU hat seit Kriegsbeginn rund 40 Milliarden Dollar für russisches LNG ausgegeben“, sagte er. „Das war nur dank dieser 15 Schiffe möglich.“ Zwar könnten die Schiffe auch in China, Südkorea oder Japan gewartet werden, doch liegen diese Werften viel weiter von der Handelsroute zwischen Jamal und Europa entfernt

[EU shipyard races to service Putin's LNG fleet before sanctions bite – POLITICO](#)

Sanktionen: Immer mehr russische Flugzeuge bleiben am Boden

Mehrere russische Fluggesellschaften haben derzeit ungewöhnlich viele Flugzeuge am Boden, da westliche Sanktionen den Zugang zu Ersatzteilen und Wartungsleistungen weiterhin erschweren. Dies berichtet die Moskow Times mit Berufung auf einen Bericht des russischen Kommersant. Eine Analyse der Wirtschaftszeitung ergab demnach, dass etwa 20 Prozent der von den elf größten russischen Fluggesellschaften betriebenen Flugzeuge diesen Sommer nicht im Einsatz war. Ohne die staatlich kontrollierte Aeroflot-Gruppe, die den Großteil ihrer Flotte in der Luft gehalten hat, blieben laut der Zeitung sogar fast 30 Prozent der von den übrigen großen Fluggesellschaften betriebenen Flugzeuge am Boden.

Die Zahlen unterstreichen die ungleichmäßigen Auswirkungen der Sanktionen. Während Flaggsschiff-Fluggesellschaften wie Aeroflot und deren Billigflug-Tochter Pobeda weiterhin den Großteil ihrer Flotten betreiben, hatten Fluggesellschaften mit einer größeren Anzahl neuerer, im Westen gebauter Flugzeuge Schwierigkeiten, Triebwerke, Ersatzteile und Wartungsunterstützung zu beschaffen. S7, Russlands größte private Fluggesellschaft, musste 32 Prozent der Flotte außer Betrieb nehmen, vor allem wegen

Triebwerksproblemen bei Airbus A320neo-Flugzeugen, berichtete „Kommersant“. Bei der Fluggesellschaft Nordwind lag der Wert in diesem Sommer sogar bei 44 Prozent. Bei Azur Air, Russlands größter Charterfluggesellschaft, hatten nach Inspektionen durch die Bundesluftfahrtbehörde nur sechs ihrer 23 Flugzeuge die Freigabe zur Wiederaufnahme des Flugbetriebs erhalten, nachdem schwerwiegende Triebwerksprobleme festgestellt worden waren; damit blieben rund 74 Prozent der Flotte am Boden.

Im Gegensatz dazu schien die Aeroflot-Gruppe von den Störungen weitgehend verschont zu bleiben. Rund 11 Prozent ihrer gesamten Flotte waren am Boden.

Von der Zeitung zitierte Branchenexperten sagten, das derzeitige Ausmaß der Flugausfälle sei noch überschaubar, da russische Fluggesellschaften bereits seit mehr als vier Jahren unter westlichen Sanktionen operieren. Sie warnten jedoch davor, dass sich die Flottenverfügbarkeit ab 2027 verschlechtern könnte, da die Flugzeuge altern und Bauteile das Ende ihrer Lebensdauer erreichen – wobei die in Russland gebauten Regionaljets vom Typ Sukhoi Superjet 100 voraussichtlich mit besonderen Wartungsproblemen konfrontiert sein werden.

[Fleet Groundings Mount at Several Russian Airlines as Sanctions Strain Maintenance – Kommersant - The Moscow Times](#)

Änderungen bei Parallelimporten

Russland aktualisiert seine Liste für Parallelimporte, die ohne Billigung und Garantie der Hersteller über Drittländer eingeführt werden. In der aktualisierten Liste werden nicht mehr Warengruppen, sondern die im Register von Rospaten aufgenommene Bezeichnungen aufgeführt. Die Liste soll in Kürze veröffentlicht werden, teilte der stellvertretende Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel, Roman Chekuschow, gegenüber Interfax mit. „Derzeit arbeiten wir gemeinsam mit dem Justizministerium an ihrer staatlichen Registrierung“, sagte er. „Dies wird die Einführung eines noch transparenteren Systems zur Rückverfolgung von Importen – anhand von Marken – ermöglichen“, fügte der Beamte hinzu. Nach Inkrafttreten der neuen Verordnung über Parallelimporte plant das Ministerium für Industrie und Handel, „einige Monate lang gemeinsam mit dem Föderalen Zolldienst zu beobachten, wie dieses System funktionieren wird“.

Zuvor hatte der Leiter des Ministeriums für Industrie und Handel, Anton Alikhanov, im April erklärt, dass sich das Volumen der Parallelimporte auf einem Niveau von 1 bis 1,5 Milliarden Dollar pro Monat stabilisiert habe und nach den Erwartungen des Ministeriums bis Ende 2026 auf diesem Niveau bleiben werde. Das Gesamtvolumen der Wareneinfuhren ins Land über diesen Mechanismus belief sich im Jahr 2025 noch auf 23,1 Milliarden Dollar.

<https://www.interfax.ru/russia/1085>

Neue Auflagen für ausländische Staatsbürger mit Konto in Russland

Seit dem 1. Juni 2026 müssen russische Banken bei der Verzinsung von Einlagen ausländischer Staatsangehöriger ohne russischen Aufenthaltsstatus die Bestimmungen des Präsidialerlasses Nr. 95 über die vorübergehende Erfüllung von Verpflichtungen gegenüber bestimmten ausländischen Gläubigern berücksichtigen. Infolge dieser Änderung berichten zahlreiche in Russland lebende Ausländer von Einschränkungen beim Zugriff auf ihre Guthaben. Betroffen sind unter anderem Personen aus als „unfreundlich“ eingestuften Staaten, darunter Inhaber von Talentvisa, Übersiedler im Rahmen spezieller staatlicher Programme sowie ethnische Russen, die aus westlichen Ländern nach Russland gezogen sind. Einige Kunden erhielten ohne Vorwarnung die Mitteilung, dass ihre Konten oder Einlagen gesperrt worden seien.

Selbst ein russischer Aufenthaltstitel schützt offenbar nicht in jedem Fall vor solchen Maßnahmen. Mehrere Betroffene berichten, dass ihre Gelder trotz gültiger Aufenthaltsdokumente eingefroren wurden. Zwar gelang es einzelnen Kunden, die Sperren nach Vorlage zusätzlicher Nachweise oder nach einer Beschwerde bei der russischen Zentralbank aufheben zu lassen, doch das Vorgehen der Banken wirkt uneinheitlich. In manchen Fällen änderten Banken ihre Anforderungen oder Begründungen innerhalb kurzer Zeit, was die Rechtslage für die Betroffenen zusätzlich unübersichtlich macht.

Unklar bleibt außerdem, welche Sparprodukte genau unter die neuen Regelungen fallen. Diskutiert wird, ob sowohl klassische Festgelder als auch verzinsten Sparkonten betroffen sind. Berichten zufolge wurden bei einigen Kunden auch Sparkonten eingeschränkt, da die Banken diese als Einlageprodukte im Sinne des Erlasses einstufen. Dabei scheint weder die Höhe des Guthabens noch die individuelle Situation des Kunden eindeutig berücksichtigt zu werden.

Hintergrund der Entwicklung ist eine Änderung des bereits 2022 eingeführten Erlasses Nr. 95. Seit dem 1. Juni 2026 erstreckt sich der darin vorgesehene Sondermechanismus für Verpflichtungen gegenüber Gläubigern aus „unfreundlichen“ Staaten ausdrücklich auch auf Bankeinlagen. Das Dokument enthält jedoch keine detaillierten Vorgaben zur praktischen Anwendung auf Depositen. So bleibt offen, welche Rolle Faktoren wie die Einlagenhöhe, ein russischer Aufenthaltstitel oder andere Aufenthaltsnachweise spielen. Die russische Zentralbank kündigte an, bei Bedarf offizielle Erläuterungen zur Anwendung der Vorschriften zu veröffentlichen. Bis dahin dürften die Banken die Regelungen nach Einschätzung von Experten weiterhin eher vorsichtig und restriktiv auslegen.

[Банки начали ограничивать доступ нерезидентов к счетам из-за изменений в указе президента — Frank Media](#)

Russlands Agrarwirtschaft leidet unter Sanktionen: Mangel an Landmaschinen

Russland deckt nach Angaben der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer in Moskau 40 bis 50 Prozent seines Landtechnikbedarfs über Importe. Bei den intelligenten Systemen der Präzisionslandwirtschaft seien es sogar bis zu 100 Prozent. Den Markteinbruch 2025 beziffere die russische Wirtschaftszeitung Kommersant auf 21 Prozent, ein Minus von umgerechnet 1,8 Milliarden Euro.

Westliche Sanktionen treffen den Sektor vor allem bei großen Landmaschinen. „Es sind nur die Großtraktoren, die wirklich unter Sanktionen fallen – als wichtiges Dual-Use-Produkt“, sagt Klaus John im Podcast der Deutsch-Russischen Auslandshandelskammer. Der Landwirt und Agronom aus Niedersachsen arbeitete mehr als zehn Jahre in der Region Woronesch für einen der größten Agrarkonzerne Russlands. „Wenn Sie Großtraktoren vier Jahre nicht wirklich ersetzen, dann führt das zu einem gewaltigen Effizienzverlust“, sagt John. Alte Technik fällt häufiger aus, verbraucht mehr Benzin und arbeitet ungenauer. Gerade die Klasse über 300 PS hängt bei Antrieb und Steuerung weiter an importierten Komponenten.

Am stärksten ist die Abhängigkeit in der Elektronik. Bei den intelligenten Systemen der Präzisionslandwirtschaft beträgt die Importabhängigkeit 100 Prozent. Weil Service und Ersatzteile westlicher Anbieter aufgrund der Sanktionen fehlen, fallen Korrektursignale für die zentimetergenaue Spurführung weg, wurden Cloud-Dienste zur Ertragsanalyse abgeschaltet. Ohne Korrektursignale sinkt die Positioniergenauigkeit auf dem Feld: Das kostet zusätzliches Saatgut, Dünger und Treibstoff.

Seine ehrgeizigen Lokalisierungspläne hat Russland weitgehend verfehlt. Das Ziel, den heimischen Marktanteil bis 2025 auf 80 Prozent zu heben, blieb außer Reichweite: 2023 überschritt der Inlandsanteil rund 60 Prozent, 2024 und 2025 ging er zurück. Die heimische Produktion sank laut der russischen Ausgabe des US-Wirtschaftsmagazins Forbes um 30 Prozent. Chinesische Hersteller hielten 68 Prozent der Importe. Zu Jahresbeginn 2025 fehlten dem Land rund 62.000 Traktoren und 34.000 Mähdrescher.

Dass die russischen Werke die Lücke nicht füllen, liegt auch an Finanzierungsproblemen. „Die Landwirtschaft kann sich diese Technik bei den Zinssätzen so fast nicht leisten – auch deshalb brummen die Werke nicht“, sagt der deutsche Agrarexperte John im Kammer-Podcast. Die russische Zentralbank hält den Leitzins seit Monaten im zweistelligen Bereich, aktuell bei 14,25 Prozent.

Apple entfernt russische Apps

Apple hat die Apps des russischen Social-Media-Konzerns VK, darunter Russlands größtes soziales Netzwerk, aus dem App Store entfernt. Insgesamt sind 16 Anwendungen betroffen. Dies berichtet Kyiv Independent. Bereits installierte Apps bleiben zwar nutzbar, erhalten jedoch keine Push-Benachrichtigungen mehr. Ebenfalls betroffen ist der staatlich unterstützte Messenger Max, der Teil von Russlands Strategie für ein von westlichen Technologiekonzernen unabhängiges digitales Ökosystem ist. Apple begründete die Entfernung mit der Einhaltung geltender Sanktions- und Rechtsvorschriften.

Der Kreml kritisierte die Entscheidung. Die Maßnahme erfolgt vor dem Hintergrund verstärkter russischer Bemühungen, eine staatlich kontrollierte digitale Infrastruktur aufzubauen. Menschenrechtsorganisationen warnen, dass dies die staatlichen Überwachungsmöglichkeiten erheblich ausweiten könnte.

[Apple removes Russia's biggest social network from App Store](#)

China will mehr russisches LNG abnehmen

China bereitet ein zweites Importterminal für Flüssigerdgas (LNG) vor, um Lieferungen aus dem russischen Projekt „Arctic LNG 2“ abzuwickeln, das von US-Sanktionen betroffen ist, berichtet die „Moscow Times“ unter Berufung auf Agenturberichte. Dieser Schritt würde Chinas Rolle als einziger bekannter Abnehmer von LNG aus „Arctic LNG 2“ stärken. Das Projekt hatte Schwierigkeiten, Kunden zu finden, nachdem die USA Ende 2023 Sanktionen verhängt hatten – Teil umfassender Maßnahmen gegen den russischen Energiesektor infolge des Einmarsches in die Ukraine. Ein neu errichtetes chinesisches LNG-Terminal in Longkou in der östlichen Provinz Shandong soll für die Annahme von Lieferungen aus dem Projekt genutzt werden; dies berichtete Reuters unter Berufung auf drei mit der Angelegenheit vertraute Personen.

Die Installation der mechanischen Anlagen des Terminals ist abgeschlossen, und die Anlage soll noch vor Oktober – also rechtzeitig vor der winterlichen Heizperiode – betriebsbereit sein, so eine Führungskraft aus der Energiebranche. Betrieben wird das Terminal von PipeChina, dem staatlichen chinesischen Pipelinenetzbetreiber. Das Unternehmen verwaltet auch das LNG-Terminal in Beihai, das bereits seit August 2025 Lieferungen aus dem Projekt „Arctic LNG 2“ empfängt.

China könnte Russland dabei helfen, den Absatz aus „Arctic LNG 2“ zu steigern. Das von Novatek geleitete Vorzeigeprojekt war ursprünglich auf eine Jahresproduktion von 19,8 Millionen Tonnen LNG ausgelegt, blieb jedoch aufgrund von Sanktionen sowie Schwierigkeiten bei der Kundengewinnung und der Logistik weit hinter seiner Kapazität zurück. Novatek sah sich gezwungen, LNG-Ladungen in schwimmenden Speichern zwischenzulagern, nachdem US-Sanktionen die Pläne für einen Exportbeginn Anfang 2024 durchkreuzt hatten.

[OID+ China plant zweites Terminal für Arctic LNG 2 - ExportManager Online +](#)

Neue General License für Lukoil

Am 25. Juni 2026 hat das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums eine weitere Anpassung seiner Russland-Sanktionsmaßnahmen vorgenommen, die sich insbesondere auf die bereits seit Ende 2025 bestehende Sanktionsarchitektur gegenüber Lukoil und dessen internationale Beteiligungen bezieht. Im Mittelpunkt steht die Veröffentlichung der neuen General License 131G sowie die gleichzeitige Aktualisierung der zugehörigen Frequently Asked Questions (FAQs) 1224 und 1225.

Mit der General License 131G wird weiterhin ein eng abgegrenzter Rahmen für Transaktionen im Zusammenhang mit der möglichen Veräußerung der Lukoil International GmbH geschaffen. Die Lizenz erlaubt ausdrücklich bestimmte Handlungen, die der Verhandlung und dem Abschluss sogenannter bedingter Verträge dienen, also solcher Vereinbarungen, deren tatsächliche Umsetzung von einer späteren, gesonderten Genehmigung durch OFAC abhängt. Gleichzeitig werden auch begleitende Maßnahmen genehmigt, die für den Erhalt des wirtschaftlichen Werts der betroffenen Vermögenswerte erforderlich sind, insbesondere Wartungs- und Instandhaltungsaktivitäten. Inhaltlich handelt es sich bei 131G weniger um eine neue inhaltliche Öffnung als vielmehr um eine Fortschreibung und Verlängerung der bereits zuvor erlassenen Lizenzreihe (131A bis 131F), die ebenfalls auf die Ermöglichung eines geordneten Verkaufsprozesses abzielte.

Die Regelung ist bewusst eng gefasst und adressiert konkret die Lukoil International GmbH sowie deren Tochtergesellschaften. Transaktionen im gewöhnlichen Geschäftsgang bleiben insoweit zulässig, als sie notwendig sind, bestehende Strukturen aufrechtzuerhalten oder vorbereitende Schritte im Verkaufsprozess zu ermöglichen. Gleichzeitig bleibt eine zentrale Einschränkung bestehen: Die Lizenz erlaubt nicht die tatsächliche Durchführung eines Verkaufs oder Transfers der Vermögenswerte selbst; hierfür ist weiterhin eine gesonderte Einzelfreigabe durch OFAC erforderlich.

Parallel zur Veröffentlichung der General License 131G hat OFAC die FAQs 1224 und 1225 aktualisiert, um die Anwendung der Lizenz und die Reichweite der autorisierten Tätigkeiten weiter zu präzisieren. Im Mittelpunkt der Aktualisierung steht die Klarstellung, welche Arten von Verhandlungen und vorbereitenden Maßnahmen zulässig sind und wie diese von weiterhin verbotenen Transaktionen abzugrenzen sind. Darüber hinaus wird erläutert, welche Tätigkeiten im Rahmen des „ordinary course of business“ als erlaubt gelten

Aus praktischer Sicht ist die Maßnahme vor allem für Unternehmen und Finanzinstitute relevant, die in Transaktionen mit Bezug zu sanktionierten russischen Energieunternehmen involviert sind oder entsprechende Vermögenswerte halten. Sie unterstreicht den Trend, dass OFAC zunehmend mit spezifischen, einzelfallbezogenen Genehmigungen arbeitet, um Desinvestitionen zu ermöglichen, ohne die grundsätzliche Sanktionsarchitektur aufzuweichen.

General License 131G:

[download](#)

FAQ 1224 und 1225:

[Frequently Asked Questions - Recently Updated | Office of Foreign Assets Control](#)

Aktuellste FAQ-Sammlung (inkl. Updates vom 25. Juni 2026):

<https://ofac.treasury.gov/faqs/updated/2026-06-25>

Verlängerung weiterer Ausnahmeregelungen – Delisting türkischer Unternehmen

Mit der General License 13R („Authorizing Certain Administrative Transactions Prohibited by Directive 4 under Executive Order 14024“) hat das Office of Foreign Assets Control auch eine bereits bestehende Ausnahmegenehmigung für eng begrenzte Verwaltungsvorgänge verlängert. Es geht um Transaktionen, die für die laufende Geschäftstätigkeit von US-Unternehmen in Russland erforderlich sein können, etwa die Zahlung von Steuern, Gebühren oder Zöllen, die Beantragung oder Erneuerung von Genehmigungen, Lizenzen und Registrierungen oder vergleichbare administrative Vorgänge mit russischen staatlichen Stellen.

Gleichzeitig bekräftigt OFAC in der aktualisierten FAQ 1118, dass die sogenannte russische „Exit Tax“, eine Abgabe, die beim Verkauf oder der Aufgabe von Vermögenswerten in Russland anfallen kann, nicht von der General License erfasst wird. US-Unternehmen benötigen für entsprechende Zahlungen grundsätzlich weiterhin eine spezielle Genehmigung von OFAC. Nach Auffassung der Behörde sind solche Zahlungen nicht als gewöhnliche, für den laufenden Geschäftsbetrieb notwendige Verwaltungsvorgänge anzusehen.

[Issuance of Amended Russia-related General License and Frequently Asked Questions | Office of Foreign Assets Control](#)

Türkische Einträge gelöscht

Bei einzelnen Sanktionen mit Russlandbezug hat das Office of Foreign Assets Control jetzt einige Einträge von türkischen Unternehmen und Staatsbürgern gelöscht. Hier die Details:

[Russia-related Designations Removals | Office of Foreign Assets Control](#)

Neues Online-Portal zur Sanktionsüberprüfung

Das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des US-Finanzministeriums startet ein [neues Online-Portal für Überprüfungsanträge](#), über das Anträge auf Streichung von einer OFAC-

Sanktionsliste eingereicht werden können. Dieses Portal soll das Antragsverfahren straffen, indem es die Antragsteller dazu anleitet, die erforderlichen Informationen gleich zu Beginn bereitzustellen, anstatt einen langwierigen Frage-Antwort-Austausch zu durchlaufen, der eine effiziente Bearbeitung eines Antrags auf Streichung aus der Liste verzögern kann. Auf der Liste stehende Personen können über das Portal zur Überprüfung von Sanktionen auch bestimmte nicht klassifizierte, nicht vertrauliche Informationen anfordern, die der Sanktionsentscheidung zugrunde liegen (ein „Courtesy-Dokument“). Passend zu diesem neuen Portal aktualisiert das OFAC seine Website mit zusätzlichen Informationen zum Antragsverfahren.

[Launch of OFAC Reconsideration Portal | Office of Foreign Assets Control](#)

6. Weitere Länder

Großbritannien

Vereinigtes Königreich verschärft Sanktionen gegen Russlands Schattenflotte und Beschaffungsnetzwerke

Die britische Regierung hat am Rande des G7-Gipfels am 16. Juni ein umfassendes neues Sanktionspaket gegen Russland angekündigt. Insgesamt wurden 70 neue Sanktionen verhängt, die sich gegen die russische Schattenflotte, militärische Beschaffungsnetzwerke sowie Finanzstrukturen richten, die nach britischer Einschätzung zur Umgehung westlicher Sanktionen beitragen. Ein Schwerpunkt der Maßnahmen ist die weitere Einschränkung des russischen Öl- und Gashandels. Mehr als 20 Tanker der sogenannten Schattenflotte wurden mit Sanktionen belegt. Zudem richtet sich das Paket gegen Versicherungs- und Schifffahrtssdienstleister, die den Transport russischer Energierohstoffe unterstützen sollen. Nach Angaben Londons hat das Vereinigte Königreich inzwischen mehr als 600 Schiffe der Schattenflotte und des russischen LNG-Sektors sanktioniert.

Erstmals innerhalb der G7 sanktioniert Großbritannien außerdem mehrere Flüssigerdgas-(LNG)-Schiffe, die Russland für das bereits mit Sanktionen belegte Projekt Arctic LNG 2 erworben hat. Die britische Regierung argumentiert, dass Moskau über diese Exporte dringend benötigte Einnahmen zur Finanzierung seines Krieges gegen die Ukraine erzielt. Trotz einer Kapazität von über 13,5 Millionen Tonnen LNG pro Jahr habe Arctic LNG 2 im Jahr 2025 lediglich rund 1,3 Millionen Tonnen exportieren können.

Darüber hinaus nehmen die neuen Sanktionen ein Netzwerk des russischen Militärgesheimdienstes GRU ins Visier. Im Mittelpunkt steht die Firma LLC Neptune Co Ltd, die nach britischen Angaben als Tarnunternehmen genutzt wird, um westliche Technologien für das russische Militär zu beschaffen. Sanktioniert wurden drei Unternehmen sowie zehn mutmaßlich beteiligte GRU-Offiziere.

Die Maßnahmen richten sich zudem gegen Zulieferer militärisch relevanter Güter in Drittstaaten, darunter Unternehmen in China, Thailand und der Türkei. Auch Finanzakteure außerhalb Russlands wurden erfasst. So steht unter anderem ein Unternehmen in Nigeria auf der Sanktionsliste, das laut London an einem Netzwerk zur Umgehung westlicher Sanktionen beteiligt sein soll.

Premierminister Keir Starmer erklärte, die Sanktionen zielten auf die Schiffe, Finanzstrukturen und Akteure, die Russlands Kriegswirtschaft stützten und damit die europäische Sicherheit gefährdeten. Außenministerin Yvette Cooper betonte, Russland greife zunehmend auf verdeckte Methoden zurück, um seinen Krieg zu finanzieren. Das Vereinigte Königreich werde gemeinsam mit seinen G7-Partnern den Druck auf Moskau weiter erhöhen und die Unterstützung für die Ukraine fortsetzen.

Nach Angaben der britischen Regierung wurden allein im Jahr 2026 bereits fast 500 Personen, Unternehmen und Schiffe im Rahmen des britischen Russland-

Sanktionsregimes mit Strafmaßnahmen belegt. Die neuen Sanktionen sollen Russlands Fähigkeit einschränken, Energieexporteinnahmen zu erzielen, Sanktionen zu umgehen und militärisch relevante Technologie zu beschaffen.

[UK clamps down on shady networks supplying Putin's illegal war with new sanctions package - GOV.UK](#)

Großbritannien verhängt Sanktionen wegen russischem Chemiewaffenprogramm

Das Vereinigte Königreich hat am 7. Juli Sanktionen gegen zwei russische Forschungseinrichtungen und sieben Einzelpersonen verhängt, die nach britischer Darstellung an der Entwicklung und Erforschung chemischer Kampfstoffe beteiligt sind. Dies berichtet The Insider. Betroffen sind unter anderem das Signal-Forschungszentrum sowie das Staatliche Forschungsinstitut für Militärmedizin des russischen Verteidigungsministeriums.

London wirft den Sanktionierten eine Rolle bei der Entwicklung des Nervenkampfstoffs Nowitschok und des Giftes Epibatidin vor. Die britische Regierung verbindet Nowitschok mit dem Fall Salisbury 2018 und Epibatidin mit dem Tod des russischen Oppositionspolitikers Alexej Nawalny im Jahr 2024. Die Maßnahmen umfassen Vermögenssperren, Einreiseverbote und weitere wirtschaftliche Beschränkungen.

[UK imposes sanctions on institutes and scientists named in The Insider's investigations into Russia's political assassinations program — The Insider](#)

Geldstrafe für Kunsthändler wegen des Verkaufs russischer Ikonen

Ein britischer Geschäftsmann wurde zu einer Geldstrafe von 28.000 Pfund (37.000 Euro) verurteilt, nachdem er sich schuldig bekannt hatte, gegen britische Sanktionen verstoßen zu haben. Der Mann hatte versucht, vier Kunstwerke, darunter eine russische Ikone, nach Russland zu verschiffen. Es ist die erste bekannte Verurteilung im Rahmen des britischen Exportverbots für Luxusgüter in die Region.

Jonathan Hornby, 54, bekannte sich am 1. Juli vor dem Westminster Magistrates' Court in London schuldig, Luxusgüter für die Nutzung in Russland bereitgestellt zu haben. Die Waren wurden laut HM Revenue and Customs (HMRC), die die Ermittlungen eingeleitet hatte, im Februar 2024 von Grenzbeamten am Flughafen Heathrow beschlagnahmt. Bei einem der Gegenstände handelte es sich um eine russische Ikone, die den Heiligen Wladimir darstellt. Das Vereinigte Königreich hatte bereits im April 2022 den Export von Luxusgütern wie Autos, Schmuck, Kunst und Antiquitäten im Wert von über 250 Pfund nach Russland verboten. Ein Verstoß gegen dieses Gesetz gilt als Straftat und wird mit Geldstrafen und bis zu sechs Monaten Haft geahndet. Seit Mai 2025 sind Akteure des Kunstmarktes gesetzlich verpflichtet, alle bekannten oder begründeten Verdachtsfälle von Verstößen gegen Finanzsanktionen dem Office of Financial Sanctions Implementation (OFSI) zu melden – andernfalls riskieren sie eine strafrechtliche Verfolgung.

[Businessman Fined in U.K.'s First Russia Art Sanctions Conviction](#)

7. Blick über den Tellerrand

Technologie-Studie identifiziert 63 Hebel für chinesische Machtpolitik

In einer wissenschaftlichen Fachpublikation hat ein chinesisches Forschungsteam einen Rahmen zur Identifizierung von strategisch sensiblen und global wettbewerbsfähigen Technologien vorgelegt. Die erarbeitete Liste umfasst insgesamt 63 chinesische Schlüsseltechnologien, deren Abfluss ins Ausland aus Sicht der Autoren zukünftig kontrolliert werden sollte. Dies berichtet der BDI in seinem China-Monitor Juli 2026. Es handele sich bei dem Originalpapier um eine mittlerweile gelöschte akademische Veröffentlichung, über die Sekundärquellen berichten.

Zu den Technologien, bei denen China laut Studie den größten Vorsprung aufweist, zählen unter anderem die satellitengestützte quantenverschlüsselte Kommunikation, die elektromagnetische Katapulttechnologie sowie verschiedene Herstellungsverfahren für Graphenmaterialien. Die Gesamtliste umfasst weitere Technologien aus den Bereichen Quantenkommunikation, KI-Hardware, Biotechnologie und Raumfahrt. Die Auswahl der 63 Technologien erfolgte mittels einer eigens entwickelten „SMSSEV“-Methode – dies steht für Befragung, Messung, Screening, Ergänzung, Bewertung und Klassifizierung – mit einem kombiniert quantitativen und qualitativen Ansatz unter Einbeziehung von Patentanalysen sowie Expertenbefragungen.

Ein in Zukunft um bestimmte chinesische Schlüsseltechnologien ausgeweitetes Exportkontrollsystem wird in der Studie als strategisches Instrument beschrieben, um die nationale Sicherheit und die technologische Selbstbestimmung Chinas weiter zu festigen. Die Autoren verweisen dabei auch auf langjährige Praxis in den USA, die als eine Art Vorbild für die Entwicklung eines solchen Rahmens gedient habe.

China verfolgt nach Einschätzung des BDI seit Langem eine Strategie der „Chokepoint-Technologien“, um bestehende Abhängigkeiten von ausländischen Schlüsseltechnologien zu verringern. Diese werde nun zunehmend durch einen „Reverse-Chokepoint-Ansatz“ ergänzt, der auf neu in China entwickelte Schlüsseltechnologien abzielt. Auf diese Weise könnten zusätzliche technologische Hebel für machtpolitische Zwecke geschaffen werden. Dies könnte Auswirkungen auf internationale Technologiekooperationen sowie auf die Stabilität globaler Lieferketten haben.

Russland erhöht Sanktionsdruck auf Armenien

Russland hat alle Importe von Meeresfrüchten aus Armenien ausgesetzt, nachdem es Anfang des Monats bereits ein teilweises Einfuhrverbot verhängt hatte, berichtete die staatliche Nachrichtenagentur TASS unter Berufung auf die russische Behörde für Lebensmittelsicherheit. Rosselkhoznadzor hatte am 1. Juni die Einfuhr von Meeresfrüchten aus allen bis auf zwei armenischen Fischverarbeitungsbetrieben eingeschränkt, nachdem sich die Betriebe angeblich geweigert hatten, sich Gesundheits- und Sicherheitskontrollen zu unterziehen.

Dieser Schritt folgt auf frühere russische Beschränkungen für den Import und Transit der meisten armenischen Lebensmittel, Saatgut, Blumen, Holz und Düngemittel, die mit der von den Behörden als „systematischer Feststellung“ von Schädlingen bezeichneten Situation begründet wurden. Russland hat zudem den Verkauf und Import von armenischem Mineralwasser und alkoholischen Getränken aufgrund verschiedener angeblicher Gesundheits- und Sicherheitsverstöße eingeschränkt.

Während Moskau behauptet, dass seine zunehmenden Handelsbeschränkungen ausschließlich auf hygienischen Bedenken beruhen, ähneln die Maßnahmen zunehmend einer wirtschaftlichen Druckkampagne gegen Armenien, das engere Beziehungen zur Europäischen Union anstrebt. Sergei Dankvert, der Leiter von Rosselkhoznadzor, hat Behauptungen zurückgewiesen, die Handelsverbote seien politisch motiviert.

Die armenische Zentralbank schätzt, dass das russische Einfuhrverbot etwa 2 Prozent des BIP des südkaukasischen Landes betrifft. Das daraus resultierende Überangebot an Waren, die nicht mehr nach Russland geliefert werden, könnte laut politischen Entscheidungsträgern zu einem Rückgang der lokalen Preise in Armenien um 0,6 Prozent führen.

Die Spannungen zwischen den traditionellen Verbündeten Russland und Armenien haben zugenommen, seit Aserbaidschan im Jahr 2023 die Kontrolle über die abtrünnige Region Bergkarabach zurückerobert hat. Armenien warf Russland und seinen Friedenstruppen vor, Bakus Militäroffensive nicht verhindert zu haben, und für 2024 seine Teilnahme an einem von Moskau geführten regionalen Sicherheitsbündnis ein.

[Russia Orders Total Ban on Fish Imports From Armenia - The Moscow Times](#)

8. Termine

Save the Date:

21. September

Webinar: „Russlandsanktionen gehen alle an – Vermeidung von Sanktionsumgehungen“, 10:00 – 11:45 Uhr

Die Verschärfung der EU-Sanktionen gegen Russland stellt Unternehmen vor komplexe Compliance-Anforderungen. Insbesondere die Verhinderung von Sanktionsumgehungen über Drittländer verstärkt in den Fokus von Behörden und Ermittlungsverfahren. In unserem Ost-Ausschuss-Webinar am 21. September, 10:00 – 11:45 Uhr, das wir in Kooperation mit der Kanzlei Graf von Westphalen durchführen, beleuchten Expertinnen und Experten aktuelle Entwicklungen, rechtliche Anforderungen und praxisnahe Fallbeispiele aus Zentralasien und China. Gemeinsam diskutieren wir, wie Unternehmen Sanktionsrisiken wirksam minimieren, interne Compliance-Prozesse stärken und sich rechtskonform im internationalen Geschäft aufstellen können.

Merken Sie sich bei Interesse den Termin bereits vor. Eine Einladung wird allen Mitgliedern des Ost-Ausschusses und allen Abonnenten des Ost-Ausschuss-Updates in Kürze zugehen.

9. Tipps & Links

Der **DIW Wochenbericht** 26/2026 zeigt, wie sich der Umfang von **Handelssanktionen** auf die Wirtschaftsleistung pro Kopf der sanktionierten Länder auswirkt. Dazu wurde das betroffene Handelsvolumen für 748 Handelssanktionen, die zwischen 1962 und 2020 eingeführt wurden, nach Güterklassen aufgeschlüsselt. Handelssanktionen im Umfang von einem Prozent des BIP gehen in den ersten drei Jahren je nach Handelsrichtung mit Einbußen von 0,5 bis zu 1,6 Prozentpunkte des BIP pro Kopf im Vergleich zum Jahr vor der Sanktionseinführung einher. Dabei wirken Importsanktionen, also ein Verbot von Importen aus den sanktionierten Ländern stärker als Exportsanktionen, hat das DIW herausgefunden. Sanktionierte Länder mit hohen Rohstoffexporten beziehungsweise nur wenigen Handelspartnern, bei denen nicht die Möglichkeit besteht, auf andere Handelspartner auszuweichen, können stärker von Handelssanktionen getroffen werden; sie können ihren Handel kaum verlagern. Tendenziell geringer fallen die Auswirkungen der Sanktionen in Ländern aus, die über eine diversifizierte Handelsstruktur, etwa durch eine breite Güterpalette oder mehrere Handelspartner, verfügen. Die Einbußen in der Wirtschaftsleistung pro Kopf können daher durch Maßnahmen wie die Verlagerung der Produktion in geografisch nahe Länder (Nearshoring) oder in politisch oder wirtschaftlich verbündete Länder (Friendshoring) sowie durch das Entwickeln neuer Technologien, die bei der Produktion weniger kritische Güter benötigen, verringert werden.

[DIW Berlin: Importsanktionen wirken stärker: Einfuhrverbote können mehr Druck erzeugen als Exportbeschränkungen](#)

Das Nachrichtenportal Euractiv sorgt mit einer **Sanktions-Satire** für Schmunzeln. Beschrieben wird eine Pressekonferenz zur Vorstellung des 137. Sanktionspakets der EU gegen Russland im Jahr 2050 durch eine 92-jährige Ursula von der Leyen. Zu den Maßnahmen, so von der Leyen, gehörten neben der Sanktionierung von zwei weiteren Tankern der russischen „Schattenflotte“ Exportverbote für deutsche *Schnapsgläser*, ein Reiseverbot für russische Käfigkämpfer und Bärenbändiger sowie Einfuhrbeschränkungen für russisches Bier, *Borschtsch* und die meisten Käsesorten außer russischem Mozzarella, der mittlerweile bei den Franzosen sehr beliebt sei. Euractiv übt damit Kritik an der fehlenden Wirksamkeit der bestehenden 20 EU-Sanktionspakete. Euractiv empfiehlt, die EU-Sanktionsstrategie umzustellen. Probleme der russischen Wirtschaft könne man effektiver verstärken, indem man gezielt versuche, Kapitalabflüsse und den „Brain Drain“ junger Russen zu beschleunigen. Es sei besser, wenn russisches Kapital und Fachleute in der EU arbeiteten, statt sanktionsbedingt in Russland eingeschlossen blieben.

[Europe's unsanctionable stupidity | Euractiv](#)

In der Ausgabe 484 der **Russland-Analysen** geht es unter anderem um die russische Schattenflotte und Maßnahmen westlicher Staaten gegen beteiligte Schiffe. Außerdem wird die Föderalisierung der russischen Wirtschaft thematisiert:

[russlandanalysen484.pdf](#)

Die FAZ analysiert in diesem Beitrag (Paywall) die **Tricks**, die Schiffe der russischen und iranischen **Schattenflotten** anwenden, um Öl erfolgreich transportieren zu können. Unter anderem wird Öl erst auf kleineren Schiffen aus den Häfen exportiert und anschließend für die längere Reise auf größere Schiffe umgeladen. Einer der Orte, wo solche Transfers häufig stattfinden, liege rund 70 Kilometer vor der Küste Malaysias und sei bekannt als

„Eastern Outer Port Limits“. Teilweise wechsele das Öl viermal das Schiff, bis es an seinem Zielhafen ankommt. Auch die verschlungenen Wege der Finanzströme werden beschrieben, hier werden komplizierte Konstrukte mit Briefkastenfirmen, Wechselstuben, Zwischenhändlern und Kryptowährungen genutzt. Die Spuren führten unter anderem in die Türkei, in die VAE, nach Hongkong und Singapur: [Schattenflotten: Wie Iran und Russland Sanktionen umgehen | FAZ](#)

Wichtige Informationen und Kontakte zu Sanktionen:

BMW-Übersichtsseite zu Sanktionen mit vielen weiterführenden Links und Dokumenten:

[BMW - Sanktionen](#)

Weitere Hinweise zum Thema: [BMW - Schnellübersicht: Sanktionsdurchsetzung in Deutschland](#)

Übersichtsseite des BAFA zu Russland-Sanktionen

[BAFA - Russland](#)

[Bundesfinanzministerium - Umsetzung der Russland-Sanktionen – Kurzüberblick](#)

BAFA-Telefon-Hotline: Beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) können sich deutsche Exporteure über eine Telefon-Hotline zu Exportbeschränkungen bei Geschäften mit Partnern in Russland informieren: +49 (6196) 9081237 (Mo-Do 8:30 Uhr bis 16:00 Uhr / Freitag 8:30 Uhr bis 15:00 Uhr).

Fragen zu Ausfuhrvorhaben, zu Empfängern in Russland oder zur Einstufung von Gütern erfolgen über das Formular „Sonstige Anfrage“ im [ELAN-K2 Ausfuhr-System](#). Bei Anfragen zu Gütern sind die zugehörigen Zollltarifnummern anzugeben. Dabei ist für jedes Gut eine einzelne Güterbeschreibung mit zugehöriger Zollltarifnummer im Antrag anzulegen sowie die Güter nummerisch nach den Warenverzeichnisnummern bei mehr als fünf Güterpositionen zu sortieren.

Rechtliche Grundsatzfragen, Anfragen von Hilfsorganisationen und Privatpersonen können unter folgender E-Mail gestellt werden: ru-embargo@bafa.bund.de.

Sanktionsübersicht der deutschen Zollbehörde

Der deutsche Zoll hat auf seiner Internetseite konsolidierte Fassungen zu den europäischen Sanktionsverordnungen gegen Russland und Belarus eingestellt:
Russland:

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:02014R0833-20231001>

Belarus:

https://www.zoll.de/SharedDocs/Downloads/DE/Vorschriften/Aussenwirtschaft-Bargeldverkehr/vo_eg_765_2006.pdf?__blob=publicationFile&v=19

EU-Sanktionen

EU-Sanktions-Helpdesk für KMU:

[EU Sanctions Helpdesk - European Union](#)

EU-Dokumente zum 20. Sanktionspaket vom 23. April 2026:

[Beschluss \(GASP\) 2026/508 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/512/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/506 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren](#)

[Beschluss \(GASP\) 2026/504 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung des Beschlusses 2014/145/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/509 des Rates vom 23. April 2026 zur Durchführung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

[Verordnung \(EU\) 2026/511 des Rates vom 23. April 2026 zur Änderung der Verordnung \(EU\) Nr. 269/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts von Handlungen, die die territoriale Unversehrtheit, Souveränität und Unabhängigkeit der Ukraine untergraben oder bedrohen](#)

Sanktionen gegen Belarus vom 23. April 2026:

[Durchführungsbeschluss \(GASP\) 2026/503 des Rates vom 23. April 2026 zur Durchführung des Beschlusses 2012/642/GASP über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2026/505 des Rates vom 23. April 2026 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

[Die aktuelle Version der Frequently Asked Questions zu EU-Sanktionen \(Stand Juni 2026\)](#)

[Consolidated version - Finance - European Commission](#)

EU-Übersicht zu allen bisherigen Russlandsanktionen:

[Sanctions adopted following Russia's military aggression against Ukraine - European Commission \(europa.eu\)](#)

[EU Sanctions Map](#)

Hier finden Sie die beiden **Listen von Gütern, die die EU als besonders kritisch** für die russische Kriegsführung einschätzt sowie die Liste von Gütern, die auf dem Schlachtfeld in der Ukraine gefunden wurden:

[Aktuelle Liste der sanktionierten High-Priority Goods:](#)
[List of common high priority items - European Commission](#)

[Aktuelle Sanktionsliste der wirtschaftlich besonders kritischen Güter:](#)
[List of economically critical goods - European Commission](#)

„Whistleblower-Tool“ der EU

Über diese Internetseite können Sie anonym und verschlüsselt Hinweise auf EU-Sanktionsverstöße weitergeben:

[EUsanctions - Home \(integrityline.com\)](#)

Auf dieser Überblicks-Seite hat die EU **grundsätzliche Informationen zu den Zielen ihrer Sanktionspolitik** sowie zu den Entscheidungsmechanismen und den Strafen bei Sanktionsverstößen zusammengestellt:

[Wie und wann die EU Sanktionen verhängt - Consilium \(europa.eu\)](#)

Auf dieser **Wikipedia-Seite** finden Sie umfangreiche Daten und Fakten zu den EU-Sanktionen gegen Russland seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine:

[Sanktionen gegen Russland seit dem Überfall auf die Ukraine – Wikipedia](#)

Das amerikanische Office of Foreign Asset Control OFAC hat ein Video veröffentlicht, das eine **Anleitung zur Nutzung des OFAC-Sanktionslisten-Suchtools** und empfohlene Schritte zur Bewertung einer möglichen Übereinstimmung mit OFAC-Sanktionslisten enthält. Das Video ist das erste in der Videoreihe „OFAC Basics“ und dient als Ergänzung zur Reihe „Introduction to OFAC“, die im Abschnitt „US Guidance“ auf dieser Website zu finden ist.

[OFAC Basics Video Series - Sanctions List Search | Office of Foreign Assets Control \(treasury.gov\)](#)

Euler- Hermes – Russland und Belarus – Infoseite:

[Hintergrundwissen | Exportkreditgarantien \(Hermesdeckungen\)](#)

GTAI-Sanktionsübersicht

Alle EU-Sanktionspakete in der Übersicht:

[Chronologische Übersicht über EU-Sanktionen gegenüber Russland | Zollbericht | EU | Krieg in der Ukraine \(gtai.de\)](#) GTAI-Überblick über die EU-Sanktionen im Finanzsektor:
[Finanzsanktionen gegen Russland | Wirtschaftsumfeld | Russland | Sanktionen \(gtai.de\)](#)

Ukraine

Ukrainisches Portal mit Recherchemöglichkeiten zu allen weltweit sanktionierten Unternehmen:

[The main portal about sponsors and supporters of the aggression](#)

Belarus

Belarus-Sanktionen Durchführungsbestimmungen zum 18. Sanktionspaket:

[Durchführungsverordnung \(EU\) 2025/1469 des Rates vom 18. Juli 2025 zur Durchführung des Artikels 8a Absatz 1 der Verordnung \(EG\) Nr. 765/2006 über restriktive Maßnahmen angesichts der Lage in Belarus und der Beteiligung von Belarus an der Aggression Russlands gegen die Ukraine](#)

Eine konsolidierte Fassung der EU-Sanktionen gegen Belarus befindet sich hier:
[EU-Sanktionen gegen Belarus - Consilium](#)

Sanktions-Krisenhotline der AHK Belarus:

+375 44 775 00 74 (Telegram, Viber, WhatsApp)

Von Montag bis Sonntag von 7- 21 Uhr MEZ (08.00 – 22.00 Uhr Minsker Zeit) erreichbar.

Übersicht zur europäischen **Sanktionsdurchsetzung**. Auf dieser Internetseite zum Thema European Sanctions Enforcement werden aktuelle Ermittlungen und Gerichtsverfahren zum Thema Sanktionsumgehung verzeichnet:

[European Sanctions Enforcement – \(duanemorris.com\)](#)

Spendenaufruf : Wärme für die Ukraine!

In einem Winter mit Temperaturen bis minus 30 Grad sehen sich die Menschen in der Ukraine unaufhörlichen Luftangriffen der russischen Armee auf ihre Wärme- und Stromversorgung ausgesetzt. Als Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft rufen wir Privatpersonen und Unternehmen dringend zur Unterstützung von Initiativen auf, um diese unbeschreibliche Not zu lindern:

Für Unternehmen:

Das Bundeswirtschaftsministerium hat eine Task Force zur Unterstützung der ukrainischen Energieversorgung eingerichtet. Gesucht wird dringend technische Ausrüstung wie etwa Transformatoren, Reparaturfahrzeuge, Schaltanlagen oder andere Anlagenkomponenten.

Senden Sie Ihre Spendenangebote entweder an die Task Force:

TF-Ukrainehilfe@bmwe.bund.de

oder an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GIZ:

helpenergyukraine@giz.de

Für alle Interessierten:

Über die Berliner Initiative „Ukraine2Power“ können Sie direkt für die Versorgung der Menschen in der Ukraine spenden:

[U2P – Ukraine to Power](#)

Für 80 Euro kann bereits ein Wärme- und Überlebenssets für Wohnungen bereitgestellt werden. Dieses besteht unter anderem aus einem Camping-Gaskocher für warme Getränke, einer elektrischen Heizdecke, Powerbanks und chemischen Handwärmern.

+++ Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss: Exklusive Zugänge zu Entscheidern und Informationen+++

Die Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft steht allen deutschen Unternehmen sowie ausländischen Unternehmen mit deutschen Töchtern offen. Als Mitglied profitieren Sie von unseren exklusiven Zugängen zu den Regierungen in **29 Zielländern Mittel- und Osteuropas**. Sie können zwischen Arbeitskreisen zu Ländern und Regionen und rund 200 Fachveranstaltungen im Jahr wählen und erhalten exklusive Informationspakete. Wir unterstützen Sie aktiv bei der Umsetzung Ihrer Projekte, bringen Ihre Fragen in bilateralen Regierungsarbeitsgruppen ein und nehmen Sie mit auf Delegationsreisen in unsere Region. Eine Mitgliedschaft ist günstiger als Sie vermuten und zahlt sich direkt aus. Werden Sie Teil eines starken Netzwerkes in der größten und ältesten Regionalinitiative der deutschen Wirtschaft! Weitere Informationen zu den Konditionen einer Mitgliedschaft finden Sie hier:

[Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss | Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft](#)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Sie haben Ihr Interesse ausgesprochen, Informationen vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V. zu erhalten. Wenn Sie keine weiteren Newsletter zu Sanktionen erhalten möchten, antworten Sie bitte auf diese Aussendung mit dem Betreff „abmelden“. Lesen Sie unsere [Datenschutzerklärung](#).

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für die Inhalte externer Webseiten, auf die wir mittels Hyperlink verweisen, nicht verantwortlich. Zum Zeitpunkt der Verlinkung waren keine rechtswidrigen Inhalte erkennbar. Auf die aktuelle und zukünftige Gestaltung sowie die Inhalte der verlinkten Seiten haben wir keinen Einfluss. Wir machen uns die Inhalte nicht zu eigen.

Eine permanente inhaltliche Kontrolle der verlinkten Seiten ist ohne konkrete Anhaltspunkte für eine Rechtsverletzungen nicht zumutbar.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.

Informieren ■ Vernetzen ■ Handeln



Pressekontakt:

Andreas Metz | Leiter Public Affairs
A.Metz@oa-ev.de
T. +49 (0)30 206167-120
Breite Straße 29
10178 Berlin
www.ost-ausschuss.de

@OstAusschuss

